

# Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Vertriebenenpolitik der CDU in Sachsen von 1945 bis 1952

Stefan Donth

## *Vorbemerkungen*

Trotz zahlreicher neuerer Arbeiten weist die Forschung zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) gegenüber der CDU nicht zuletzt aufgrund der Situation in den russischen Archiven noch Lücken auf.<sup>1</sup> Erste Untersuchungen nach dem Wegfall der politischen Restriktionen nach 1989/90 haben unseren Kenntnisstand zur Geschichte der CDU in Sachsen aber wesentlich erweitert.<sup>2</sup> Wenig erforscht ist jedoch das

- 
- 1 Bernd Bonwetsch (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20). Bonn 1998. Stefan Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 3). Weimar u. a. 1996. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44). Berlin 1999. Norman Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation. Cambridge u. a. 1995. Alexandr Haritonow: Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949 (Dresdner Historische Studien 2). Weimar 1995. Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955. München 1999. SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. Hg. von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan. München 2009.
  - 2 Manfred Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche Parteien“ in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1994, S. 47–72. Ralf Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 83–117. Ralf Baus/Volkmar Hänel: „Wir gehören alle zusammen ...“. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: Das Forum der Sächsischen Union 7 (1998), S. 4–30. Günter Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1998. Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19). 2. Aufl. Düsseldorf 1991. Hermann Wentker: Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46), in: Hartmut Mehringer/ Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone. München 1999, S. 189–214. Gerhard Wettig: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945 im Spiegel sowjetischer Akten, in: Historisch-Politische Mitteilungen 6 (1999), S. 109–137. Manfred Wilde: Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. München 1998. Stephan Zeidler: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der

Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die Vertriebenenpolitik der sächsischen Union. Die Eingliederung der Vertriebenen zählte zu den größten Aufgaben der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Vertriebenen mussten sich unter neuen Bedingungen zurechtfinden, während die Alteingesessenen vor der Herausforderung standen, mehrere Millionen von ihnen dauerhaft unterzubringen und zu versorgen. Sachsen nahm zwischen 1945 und 1952 etwa eine Million Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten auf, deren Anteil damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Dadurch verschärfen sich die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die CDU zählte zu denjenigen Parteien, die konsequent versuchten, die Interessen der Vertriebenen wahrzunehmen, und dabei in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht gerieten. Das Engagement der Union für diese wichtige Bevölkerungsgruppe wirkt bis heute fort, wie die politischen Auseinandersetzungen um die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und die Konzeption der Dauerausstellung zeigen.

Durch ein vom Sächsischen Staatsministerium des Innern gefördertes Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Leipzig bei Prof. Dr. Ulrich von Hehl wurde dieser Aspekt der Nachkriegsgeschichte für Sachsen im Vergleich zu den anderen Territorien der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) am systematischsten untersucht. Neben der Vertriebenenpolitik der SMAD und der SED wurden dabei auch die administrative Durchführung in den sächsischen Landkreisen, die Politik der LDP sowie das Selbstbild der Vertriebenen behandelt.<sup>3</sup>

---

Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–1953. Hamburg 1996. Ralf Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36). Düsseldorf 2001. Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945 bis 1952 – Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht, in: Historisch-Politische Mitteilungen 7 (2000), S. 109–133.

- 3 Irina Schwab: Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945–1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration. Frankfurt/Main 2001. Christian Kurzweg: Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945–1950 (Studien zur Zeitgeschichte 41). Hamburg 2004. Notker Schrammek: Alltag und Selbstbild von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945–1952. Frankfurt/Main 2004. Andreas Thüsing/Wolfgang Tischner: „Umsiedler“ in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945–1952. Eine Quellensammlung. Leipzig/Berlin 2005. Ulrike Winterstein: Vertriebener Klerus in Sachsen 1945–1955 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 118). Paderborn u. a. 2010. Stefan Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED (Geschichte und Politik in Sachsen 15). Köln u. a. 2000, auf das sich die nachfolgenden Ausführungen zum großen Teil stützen.

Auf diesen Untersuchungen und weiteren Arbeiten zu dieser Thematik aufbauend soll hier das komplexe Verhältnis von SMAD und CDU analysiert und bewertet werden.<sup>4</sup> Diese Studie stützt sich auf Unterlagen der SMAD und der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS), die im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RCChIDNI) und im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF) eingesehen werden konnten.<sup>5</sup> Zudem wurden Aktenbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), des Sächsischen Hauptstaatsarchivs (SächsHStA) und des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) mit einbezogen.

Der erste Teil dieses Aufsatzes befasst sich mit den Konflikten zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und der Vertriebenenpolitik der CDU, die Ende 1945 in der Absetzung der CDU-Führung um Andreas Hermes mündeten. Danach geht die Untersuchung im zweiten Teil auf die Vertriebenenpolitik der sächsischen Union von 1946 bis 1950 ein. Schwerpunkt dabei sind die Auseinandersetzungen insbesondere um die Oder-Neiße-Grenze. Der dritte Teil befasst sich mit der Vertriebenenpolitik der CDU im sächsischen Landtag.

*Die SMAD und die Vertriebenenpolitik der CDU 1945: Erste Konflikte und die Absetzung von Andreas Hermes*

Die im Juni/Juli 1945 eingerichtete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit ihren Ablegern in den Ländern (in Sachsen: SMAS) verfügte über nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse zur Steuerung und Kontrolle von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben in der SBZ.

---

4 Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 1: Ankunft und Aufnahme 1945 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19,1). Wiesbaden 1996. Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 2: Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946–1949 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19,2). Wiesbaden 1999. Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19,3). Wiesbaden 2003. Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und Polen 1945–1956 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127). Göttingen 1998. Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Bonn 2008. Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61). München 2004.

5 Zum besseren Verständnis der für die Untersuchung herangezogenen Quellen werden die Titel der Dokumente in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

Für die Lenkung und Überwachung der Parteien, darunter auch der CDU, war neben dem dem sowjetischen Außenministerium zugeordneten Politischen Berater Vladimir S. Semenov die SMAD-Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsabteilung) unter Leitung von Oberst Sergej I. Tjulpanov mit ihren Abteilungen in den Länder-SMA zuständig.<sup>6</sup> Deren Mitarbeiter waren bei allen wichtigen Zusammenkünften der Parteien zugegen, zensierten Reden und Verlautbarungen und wirkten auf die Personalpolitik ein. Die SMAD bestimmte mit Befehlen, Anweisungen, Anordnungen, „Hinweisen“ und „Ratschlägen“ in kaum zu überschätzendem Ausmaß das politische Leben der SBZ.<sup>7</sup> Nicht zu unterschätzen sind zudem die in der SBZ operierenden sowjetischen Geheimdienste.<sup>8</sup>

Mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erlaubte die SMAD die Tätigkeit „antifaschistischer Parteien“, allerdings nur „unter der Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen

- 
- 6 Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 6. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Berlin (Ost) 1968, S. 51–53. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. XXIX. Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 38. Übersicht der SMAD-Finanzabteilung vom 9. August 1946, in: Gosudarstvennyi Archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation] (GARF); fond (f.) 7317, opis (op.) 8, delo (d.) 36a, Bl. 444–446. Donth: Vertriebene, S. 19–42.
- 7 „Die dreijährige Arbeiterfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1. SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1945. Berlin 1946, S. 13f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. Anlage zur Anweisung der SMAD Nr. 015 vom 20. März 1946, in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 93–106. Vgl. die entsprechenden Stellenpläne in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 38a. Haritonow: Hochschulpolitik, S. 60. Michael Richter/Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so schnell wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947. Leipzig 1998, S. 79–84. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44). Berlin 1999, S. 99–140. Möller/Tschubarjan: SMAD-Handbuch, S. 243–271 und S. 470–477. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. XXIX.
- 8 Vladimir Vladimirovic Sacharov/Dmitrij Nikolaevic Filippovych/Michael Kubina: Tschechen in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsorgane in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin). Berlin 1998, S. 293–336. Nikita Petrov: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953). Eine historische Skizze, in: Alexander von Plato (Hg.): Studien und Berichte (Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950 I). Berlin 1998, S. 143–157. Nikita Petrov: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der SBZ und der DDR von 1945–1954. Berlin 2010.

Instruktionen“.<sup>9</sup> Im Sommer 1945 gründeten sich daraufhin KPD und SPD, die sich im April 1946 auf Druck der SMAD zur SED vereinigen mussten, sowie die beiden bürgerlichen Parteien LDP und CDU. Vor allem deren Gründung am 26. Juni 1945 überraschte die SMAD. Oberst Tjulpanov betrachtete die Verankerung der CDU im christlichen Milieu als Gefahr, da für ihn beide Kirchen, vor allem jedoch die katholische, „reaktionär“ waren.<sup>10</sup>

Ziel kommunistischer Nachkriegspolitik war der Aufbau einer am sowjetischen Modell orientierten sozialistischen Gesellschaftsordnung. Um die Durchsetzung der „Diktatur des Proletariats“ abzusichern, sollten die Konkurrenten von KPD/SED aus dem bürgerlichen Lager durch die Blockpolitik an Entscheidungen beteiligt, eingebunden und damit von einer Fundamentalopposition abgehalten werden. Die von der SMAD geforderte Verpflichtung der Parteien zu einer dauerhaften Zusammenarbeit bedeutete für die Union eine drastische Einschränkung ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten.<sup>11</sup>

Zu den wichtigsten Aufgaben der SMAD gehörte es, eine eigenständige Politik der CDU zu verhindern und ihre Zustimmung zu den Umge-

- 
- 9 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMAD vom 10. Juni 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1945. Berlin 1946, S. 9f. Gerhard Keiderling: Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 265–268. Wentker: Anfänge.
- 10 Bericht Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block, in: Rossijskoi centr chranenija i izucenija dokumentov novejszej istorii [Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte] (RCChIDNI), f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 85–91. Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62ff. Bericht Tjulpanovs über die politische Lage der SBZ vom 27. Dezember 1945, in: Archiv Vnesnej Politiki Rossijskoj Federacii [Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation] (AVP RF), f. 0457b, op. 1, papka (p.) 2, d. 8, Bl. 120–130. „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 241–245. Wolfgang Tischner: Zur Formierung der katholischen Subgesellschaft in der SBZ/DDR 1945–1951, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 299–324, hier S. 304ff. Georg Wilhelm: Die Diktaturen und die evangelische Kirche. Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzigs 1933–1958. Göttingen 2004. Wettig: Konflikt, S. 113.
- 11 Siegfried Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfrontausschusses. Köln 1986, S. 7–53. Protokoll der Versammlung des Parteiaktivs der SMAD vom 9. März 1949 mit den Ausführungen des Obersten SMAD-Chefs, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 682, Bl. 16. Auskunft Semenovs über den Block vom 21. Dezember 1945. Aktennotiz Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 26. Dezember 1945. Jochen Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Teil 2 (9. Mai 1945–3. Oktober 1946). Russ. Moskau 2000, S. 312–334, S. 336–344.

staltungsmaßnahmen in der SBZ zu erzwingen.<sup>12</sup> Letztlich war die Gleichschaltung der CDU nur möglich, weil die SMAD auf die ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmittel rigoros zurückgriff, um damit den Widerstand zahlloser CDU-Mitglieder zu brechen.<sup>13</sup>

Im Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945 wurden die Belange der Vertriebenen noch nicht erwähnt.<sup>14</sup> Doch im Aufruf der Christlich-Sozialen Volkspartei, der Vorläuferorganisation der CDU in Sachsen, vom 14. August 1945 wurden Flüchtlinge neben anderen Kriegsoptionen genannt, für die eine „gesetzlich angeordnete Staatshilfe festzulegen“ sei.<sup>15</sup>

Bereits im Sommer 1945 wuchs die Bedeutung vertriebenenpolitischer Aspekte in der politischen Auseinandersetzung. Zahlreiche führende CDU-Mitglieder nahmen befreundete Funktionäre der Zentrums- und schlesische Katholiken aus den Ostgebieten auf und erfuhren von ihnen von den Vertreibungsverbrechen und dem Elend der Vertriebenen.<sup>16</sup> Früher als andere Parteien nahm sich die CDU dieser Problematik an. Mitte Juli 1945 kündigte Andreas Hermes, Vorsitzender der CDU in der SBZ und Groß-Berlin, „jede mögliche Initiative in dieser Frage“ an.<sup>17</sup> Als Leiter des Berliner Ernährungsamtes konstatierte er schon Ende Juni 1945 zur „Lage im russischen Raum“, dass die Russen durch die Vertreibung Millionen Menschen dem

12 „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 65–87. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 44–47. Mängel der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen. o. D., in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62–66. Sergej Tjulpanow: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Berlin (Ost) 1987, S. 236–256.

13 Buchstab: Verfolgt und entrechtet.

14 CDU-Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945. Vgl. Siegfried Suckut: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950 (Mannheimer Untersuchungen zur Politik und Geschichte der DDR). Köln 1982, S. 117–178, hier S. 129–131. Agethen: CDU, S. 47–50. Wentker: Anfänge, S. 189–204. Gerhard Keiderling: Scheinpluralismus, S. 279–282. Baus: CDU, S. 69–98.

15 Aufruf der Christlich-Sozialen Volkspartei für Sachsen. Vgl. Baus: Gründung, S. 114–117; Baus/Hänel: Gründung; Baus: CDU, S. 98–131.

16 Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1990, S. 62. Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 90). Paderborn u. a. 2001, S. 169–180.

17 Protokoll der 3. Sitzung des Gründungsausschusses der Union vom 3. Juli 1945, in: ACDP 07-010-708. Rede von Hermes auf der Gründungsversammlung der CDU am 22. Juli 1945, in: ACDP 01-090-015/4.

Untergang aussetzen würden und die Besatzungsmacht damit offensichtlich auch darauf verzichte, „die innere Gewinnung der Bevölkerung für das bolschewistische System“ herbeizuführen.<sup>18</sup> Diese Ansichten trugen mit dazu bei, dass die SMAD Hermes aus dem Ernährungsamt zu verdrängen suchte.<sup>19</sup> Zu diesem Zweck wurde ihm auch die schlechte Versorgung eines Flüchtlingstransportes vorgeworfen.<sup>20</sup> Wegen der unerträglichen Arbeitsbedingungen trat Hermes am 31. Juli 1945 als Leiter des Berliner Ernährungsamtes zurück.<sup>21</sup>

Im Rahmen der Vertriebenenpolitik war die Auseinandersetzung mit der Oder-Neiße-Grenze von besonderer Bedeutung. Die „Westverschiebung“ Polens und der damit verbundene neue deutsch-polnische Grenzverlauf an Oder und Neiße gehörte zu den wichtigsten Kriegszielen Stalins. Kritik an der neuen Grenzziehung implizierte in den Augen der Sowjets die Ablehnung der massiven gewaltsamen Zwangsmigrationen in diesem Teil Europas und rührte damit an einem der Fundamente der sowjetischen Nachkriegspolitik. Das grundsätzliche Einverständnis der westlichen Alliierten zur Vertreibung der dort ansässigen Deutschen als Folge des vom Dritten Reich entfesselten Zweiten Weltkrieges wurde im Potsdamer Abkommen festgeschrieben.<sup>22</sup> Laut „Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte“ wurde „vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung territorialer Fragen bei einer Friedensregelung“ Ostpreußen zwischen der Sowjetunion und Polen aufgeteilt und die neue deutsche Ostgrenze entlang von Oder und westlicher Neiße festgelegt. Die in den nun unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung stehenden Gebieten sowie die in der CSR und Ungarn lebende deutsche Bevölkerung sollte „organisiert und human“ umgesiedelt werden.<sup>23</sup> Dabei war es für die

---

18 Die Lage im russischen Raum nach dem Stande von Ende Juni 1945, in: Gerhard Keiderling (Hg.): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April–Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentenedition. Berlin 1993, S. 601–617.

19 Schreiben Ulbrichts an Dimitroff vom 22. Juni 1945, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 742, Bl. 154–157. Aktennotiz Filippovs an Vyschinskij und Bokov vom 29. Juli 1945 zur CDU, in: Laufer/Kynin: UdSSR und deutsche Frage, Teil 2, S. 188f.

20 Protokoll der außerordentlichen Magistratssitzung am 27. Juli 1945, in: ACDP 07-010-701. Keiderling: Scheinpluralismus, S. 282.

21 Anna Hermes: Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen. Stuttgart 1971, S. 210.

22 Jochen Laufer: Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage (Zeithistorische Studien 46). Köln u. a. 2009. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Adolf Diestelkamp u. a. bearbeitet von Theodor Schieder. 5 Bde. Hg. vom Bundesministerium für Vertriebene 1954. Nachdruck München 1984.

23 Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte, in: Alexander Fischer (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“. 3. Aufl. Köln 1985, S. 391–404. Zirkular Molotovs vom 5. August 1945, in: Laufer/Kynin: UdSSR und deutsche Frage, Teil 2, S. 195–207.



SMAD selbstverständlich, dass Vertriebene in ihren neuen Ansiedlungsorten Quartier und ihrer beruflichen Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze erhielten. Die Einheimischen hatten etwas enger zusammenzurücken, während SMAD und SED von den Vertriebenen eine völlige Anpassung an die Gegebenheiten vor Ort erwarteten. Grundbedingung für die Umsetzung dieses Eingliederungskonzeptes war, die Bevölkerung von der Endgültigkeit der Grenzziehung an Oder und Neiße und damit von der Unabänderlichkeit der dauerhaften Ansiedlung der Vertriebenen zu überzeugen. Als wichtigste Hindernisse galten nicht unterschiedliche Dialekte, Konfessionen und Lebensweisen von Vertriebenen und Einheimischen, sondern das Wirken von „Demagogen“, die diese Vorgaben nicht widerspruchlos akzeptierten.<sup>24</sup>

Die SMAD erstellte schon im Sommer 1945 detaillierte Meinungsbilder über Äußerungen aus der deutschen Bevölkerung zur Oder-Neiße-Grenze.<sup>25</sup> Besonders sorgfältig wurden bürgerliche Politiker wie der Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, Gerhard Rohner (CDU), beobachtet, der aus Schlesien stammte, von 1925 bis 1945 als selbständiger Handelsvertreter in Dresden, Chemnitz und Berlin tätig war und zu den Mitbegründern der sächsischen Union gehörte. Dieser soll geäußert haben: „In den [Potsdamer] Beschlüssen ist gesagt, daß die Flüchtlinge aus Polen und der CSR human umgesiedelt werden, doch wir beobachten, daß sie aus diesen Staaten hinausgeworfen und wie Vieh fortgetrieben werden.“<sup>26</sup>

Um zu verhindern, dass die bürgerlichen Parteien von ihrer ablehnenden Position in der Grenzfrage politisch profitieren konnten, sollten die Potsdamer Beschlüsse nach den Vorgaben der SMAD nicht nur von der KPD, sondern auch von SPD, CDU und LDP „begrüßt“ werden. Dazu wurde eine gemeinsame Kundgebung aller Parteien für den 12. August 1945 mit der Verkündung einer Resolution anberaumt.<sup>27</sup> Hierfür schlug die CDU

24 Paul Merker: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems. Berlin (Ost) 1947, S. 7–22.

25 Übersicht der Siebenten Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlavPURKKA) vom 22. August 1945 für den Chef der Propagandaverwaltung des ZK der VKP/b, Alexandrov, in: RCChIDNI, f. 17, op. 125, d. 319, Bl. 51–58.

26 Schreiben Serovs vom 8. August 1945 an Berija, das dieser an Stalin, Molotov und Malenkov weiterleitete, in: GARF, f. 9401, op. 2, d. 98, Bl. 95–109 und Bl. 138–144.

27 Keiderling: Scheinpluralismus, S. 294. Protokoll der Blocksitzung vom 3. August 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 80. Übersicht zur Blockpolitik vom 25. September 1945, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), ZPA, NY 4036/718. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 7. und 9. August 1945, in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.): Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946 (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46 1). München 1993, S. 57 und S. 59. Nicht gekennzeichnete Entwurf einer Erklärung zu den Potsdamer Beschlüssen vom 9. August 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 67f.



vor, die Vorläufigkeit der alliierten Beschlüsse zu betonen und der Hoffnung auf „weitere entlastende Entwicklungen“ Ausdruck zu verleihen.<sup>28</sup> Dem widersprach die KPD mit ihrer Passage zur Grenzfrage: „Die geplanten Gebietsabtrennungen im Osten sind die unvermeidliche Folge verbrecherischer Gewaltpolitik. So ist verständlich, daß die angegriffenen Völker sich damit eine Garantie gegen neue deutsche Aggressionen schaffen wollen.“<sup>29</sup> Als CDU und LDP dies ablehnten, führte das zu einer ersten ernsten Krise der Blockpolitik.<sup>30</sup> Zudem brachte die CDU einen Alternativvorschlag ein: „Wir kennen den Machtmißbrauch, zu dem der Nazismus gegenüber anderen Völkern fähig war. Die Welt hat ihn gerichtet. Wir erblicken in der einmütigen Zusammenarbeit der drei demokratischen [sic!] Großmächte, die in der Berliner Konferenz aufs Neue ihren welthistorischen Ausdruck gefunden hat, die sichere Gewähr dafür, daß die neue Weltordnung des Rechts und des Friedens auch unserem Volke gegenüber kein Unrecht zulassen und auch die Grenzfragen des deutschen Ostens, die uns mit großer Sorge erfüllen, zu einer Regelung führen wird, die den ethnographischen und kulturellen Gegebenheiten Rechnung trägt und die wirtschaftliche Lage unseres Volkes nicht hoffnungslos macht. Die eindeutige Erklärung, daß dem deutschen Volk genügend Wirtschaftskraft bleiben soll, um ohne Hilfe von außen zu leben und zu einer mittleren europäischen Lebenshaltung zu gelangen, ermutigt uns zu diesem Vertrauen.“<sup>31</sup> Schließlich setzten CDU und LDP die Streichung der kommunistischen Formulierungen durch. In der „Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz“ vom 12. August 1945 hieß es nur, dass „wir nicht über die Härte der Bedingungen klagen können“, während die Oder-Neiße-Grenze oder Gebietsverluste nicht direkt genannt werden.<sup>32</sup> Auch Hermes hatte auf der Kundgebung ausgeführt, dass die territo-

---

28 Protokoll der 6. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 9. August 1945, in: ACDP 07-010-708.

29 Protokoll der Sitzung des Sekretariats vom 10. August 1945, in: Benser/Krusch: Protokolle des Sekretariats, S. 63; SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 60–63. Resolutionsentwurf zur Berliner Konferenz vom 10. August 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 82f.

30 Schreiben Hermes an Kaiser vom 11. August 1945. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 83. „Stellung der 4 Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen“ vom 14. August 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66 sowie RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 793, Bl. 103–105.

31 SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66. Diese Formulierungen sind fast gleichlautend mit denen eines Schreibens Bischof Legges an Marschall Shukov vom 10. Juli 1945, in: GARF, f. 7317, op. 2, d. 1, Bl. 6f. Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. VI: 1943–1945. Bearb. von Ludwig Volk (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: 38). Mainz 1985, S. 710f.

32 „Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz“, am 14. August 1945 in der Presse veröffent-

riale Gestaltung Deutschlands noch „keine endgültige Regelung gefunden“ habe und die CDU hoffe, dass ein Friedensvertrag „unseren elementaren Lebensbedürfnissen Rechnung“ tragen wird.<sup>33</sup> Walter Ulbricht versuchte, es der SMAD als „Erfolg“ zu verkaufen, dass CDU und LDP in der Grenzfrage „etwas“ gebunden werden konnten. General Fedor E. Bokov, Mitglied des Kriegsrates der SMAD, machte ihn trotzdem für die in seinen Augen nicht eindeutige Entschließung verantwortlich.<sup>34</sup>

Diese Konstellation prägte die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre. Während SMAD und KPD/SPD versuchten, zur Grenzfrage nur positive Stellungnahmen zuzulassen, wies vor allem die CDU deutlich auf den laut Potsdamer Abkommen provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze hin.

Kurz nach der Blockkündigung vom 12. August 1945 beschloss der CDU-Gründungsausschuss am 24. August 1945 auf Vorschlag von Hermes, „unverzüglich [...] eine Stellungnahme der Partei zur Flüchtlingsfrage vorzubereiten“.<sup>35</sup> Am 30. August 1945 beantragte die CDU im zentralen Block die Einsetzung eines Sonderausschusses.<sup>36</sup> Zudem entwarf die Union eine Presseerklärung, nach der die Einrichtung einer „zentralen Stelle“ unerlässlich sei, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen und die Vertriebenen an ihrem derzeitigen Aufenthaltsort provisorisch unterzubringen, bis ihre „Verteilung und Seßhaftmachung [...] im ganzen Reich möglich“ wäre. Der letzte Passus wurde durch die handschriftliche Formulierung „ihrer Rückführung geschaffen ist“ ersetzt.<sup>37</sup> Dies lehnte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck ab, weil die Vorschläge der Union sowjetischen Vorstellungen widersprachen.<sup>38</sup>

---

licht. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 83f. Michael Schwartz: „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft. Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Mehringer/Schwartz/Wentker: Erobert oder befreit, S. 235–262, hier S. 261.

- 33 Auszüge aus Hermes Rede im Sondermaterial „Unsere Haltung zu den Potsdamer Beschlüssen“, in: ACDP 01-090-015/3.
- 34 Schreiben Ulbrichts vom 14. August 1945 „Stellung der Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen“, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–67. Memorandum Bokovs vom 18. November 1946 über die Lage in der SED, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 147, Bl. 170–179. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. XXXV.
- 35 Protokoll der 8. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 24. August 1945, in: ACDP 07-010-708.
- 36 Protokoll der Blocksitzung vom 30. August 1945. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 85. Die Initiative der CDU ist vielfach belegt. Protokoll der 9. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 31. August 1945, in: ACDP 07-010-708. Entwurf eines Rundschreibens an die Landesverbände vom 18. Oktober 1945, in: ACDP 01-090-015/4.
- 37 Protokoll der Blocksitzung vom 30. August 1945, in: ACDP 01-090-017/2. Entwurf einer Mitteilung an die Presse, in: ACDP 01-090-021/2.
- 38 Protokoll der Blocksitzung vom 30. August 1945, in: ACDP 01-090-017/2.

Davon ließ sich die Union nicht abhalten. Sie versuchte, „eine interalliierte Kontrolle in den polnischen Gebieten zu erwirken“ und drängte gemäß dem Potsdamer Abkommen auf eine „humane und ordnungsgemäße Durchführung der Ausweisung der Deutschen“.<sup>39</sup> Ähnliche und weitergehende Vorschläge legten Innere Mission, Caritasverband und Deutsches Rotes Kreuz dem Alliierten Kontrollrat am 5. September 1945 vor und plädierten für eine begrenzte Rückkehr Vertriebener in die polnisch besetzten Gebiete.<sup>40</sup>

In Sachsen bremste Jenny Matern, die Staatskommissarin für Flüchtlingsfragen in der Landesverwaltung und Ehefrau des KPD-Vorsitzenden Hermann Matern, Anfang September 1945 ähnliche Vorschläge der CDU – obwohl sie eine Zentralisierung der Flüchtlingsverwaltung begrüßte.<sup>41</sup> Auf die Frage „der Belassung deutschen Lebensraums im Osten“ ging sie erst gar nicht ein. Der Vizepräsident der Landesverwaltung für Finanzen und Steuern, Gerhard Rohner (CDU), informierte seine Parteiführung vertraulich über Vorgänge im Verwaltungsapparat der SBZ zur Lösung des Flüchtlingsproblems, bei dem die CDU außen vor gelassen werden sollte.<sup>42</sup>

Am 13. September 1945 lag der Bericht des Block-Sonderausschusses für Flüchtlingsfragen vor, in dem zwar eine zentrale Lösung auf „Reichsebene“ gefordert, ansonsten aber an das Mitgefühl der einheimischen Bevölkerung appelliert wurde.<sup>43</sup> Mit ihren viel weitergehenden Vorschlägen wie der Durchführung eines Sofortprogramms war die CDU gescheitert.<sup>44</sup>

In der Mitte September 1945 von der SMAD auf Zonenebene installierten „Zentralverwaltung für Umsiedler“ (ZVU) und den entsprechenden Sonderverwaltungen in den Ländern war die CDU an keiner herausgehobenen Stelle vertreten. Alle wichtigen Posten wurden ausnahmslos mit Kommunisten

---

39 Protokoll der 9. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 31. August 1945, in: ACDP 07-010-708. Denkschrift „Das Elend der deutschen Flüchtlinge. Die notwendigen Sofortmaßnahmen zu seiner Bekämpfung“, o. D., in: ACDP 01-090-021/2.

40 Abschrift des Schreibens von Innerer Mission, Caritas und Deutschem Roten Kreuz an den Kontrollrat vom 5. September 1945, in: ACDP 01-090-021/2. Die mit denen der CDU größtenteils identischen Formulierungen und Vorschläge sowie der Fundort deuten auf eine enge Abstimmung hin. Schreiben von Caritas, Innerer Mission und DRK an den Alliierten Kontrollrat vom 31. August 1945, in: Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, S. 711–718.

41 Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismuskforschung 40). Hg. von Andreas Thüsing. Göttingen 2010, S. 165. Schwab: Flüchtlinge, S. 50–72.

42 Reisebericht Dresden 4. und 5. September 1945, in: ACDP 01-090-021/2.

43 Protokoll der Blocksitzung vom 13. September 1945. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 88ff.

44 Sondermaterial zur Flüchtlingsfrage aus dem Jahre 1945, in: ACDP 01-090-015/3. Protokoll der 10. Sitzung des CDU-Gründungsausschusses vom 14. September 1945, in: ACDP 07-010-708.

besetzt, weil die SMAD diesen für sie wichtigen Politikbereich unter ihrer besonderen Kontrolle behalten wollte.<sup>45</sup>

Ein weiterer Konfliktpunkt waren die bereits im Sommer 1945 entstandenen überparteilichen oder kirchlichen Hilfsorganisationen. Sie wurden ab Oktober 1945 durch die KPD in die von ihr in Sachsen als Vorbild für die SBZ initiierte Volkssolidaritätsbewegung eingebunden, die dem Parteienblock ähnlich funktionierte. FDGB, Landesverwaltung, bürgerliche Parteien und kirchliche Organisationen sollten gemeinsam Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung tragen. Zur Unterstützung Hilfsbedürftiger, zu denen ausdrücklich auch „Umsiedler“ gehörten, wie die Vertriebenen nach einer Vorgabe der SMAD bezeichnet werden mussten, waren freiwillige Spenden vorgesehen.<sup>46</sup> Die Volkssolidarität war insbesondere gegen die CDU und die kirchlichen Hilfsorganisationen gerichtet, da die SMAD deren Einsatz und vor allem die aus dem kirchlichen Bereich stammenden Spenden als unliebsame Konkurrenz empfand.<sup>47</sup>

45 Donth: Vertriebene, S. 95–128.

46 Aufruf der KPD, SPD, LDPD, CDUD, des FDGB-Landesausschusses und der „Landeskirchen“ vom 19. Oktober 1945 zur Volkssolidarität, in: Hans-Joachim Krusch: Irrweg oder Alternative? Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46 und gesellschaftspolitische Forderungen. Bonn 1996, S. 71. Günter Braun: Volkssolidarität, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. 2. Aufl. München 1993, S. 793–802. Dierk Hoffmann: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956 (Studien zur Zeitgeschichte 47). München 1996, S. 64f. Ulrich von Hehl/Wolfgang Tischner: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1989, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. vom Deutschen Bundestag. Bd. VI/2. Baden-Baden 1995, S. 875–949, hier S. 887. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 417–428. Christoph Kösters (Hg.): Caritas in der SBZ/DDR 1945–1989. Paderborn 2011. Christoph Kösters (Hg.): Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Paderborn 2001. Rede Hermann Materns „Volkssolidarität – ein Weg zum glücklicheren Leben“ auf einer Parteiarbeiterkonferenz am 24. Oktober 1945 in Dresden, in: Hermann Matern: Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften. Band I: 1926–1956. Berlin (Ost) 1963, S. 163–185. Protokoll der Sitzung des erweiterten Sekretariats des ZK der KPD am 19./20. November 1945, in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.): Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946 (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46 2). München u. a. 1994, S. 204. Michael Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Hartmut Mehringer (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 1995, S. 43–96, S. 60–62. Michael Schwartz: „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft, S. 237–239.

47 Auskunft über die Volkssolidarität vom 30. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4. p. 17, d. 9, Bl. 63–66. Informationsbrief Nr. 1 der Reichsgeschäftsstelle der CDU, Ende

In Sachsen besetzte die KPD in der Volkssolidarität alle entscheidenden Positionen. Als Konzession an die Union und kirchliche Organisationen wurde dem aus der Bekennenden Kirche stammenden CDU-Landesgeschäftsführer Martin Richter die Leitung des Landesausschusses der Volkssolidarität in Sachsen übertragen. Es ist ein Indiz für die Bedeutung, die die Union diesem Politikfeld zumaß, dass sie diesen Spitzenpolitiker dorthin entsandte.<sup>48</sup> Die Möglichkeiten der Volkssolidarität, Vertriebene zu unterstützen, dürfen mit Blick auf die allgemeine Not unmittelbar nach Kriegsende jedoch nicht überschätzt werden.<sup>49</sup>

Die vielfältigen Aspekte der Vertriebenenpolitik der Union, insbesondere aber deren Kritik an der Oder-Neiße-Linie, gehören zu den wichtigsten Ursachen der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber durch die Sowjets Ende 1945, wie die Archivalien der SMAD zeigen. Weitere Gründe waren die ablehnende Haltung der Union zu den Demontagen und zur Bodenreform, bei der die Berücksichtigung Vertriebener nach Ansicht von Hermes nicht die deutsche Ostgrenze präjudizieren dürfe. Hinzu kam dessen politischer Führungsanspruch.<sup>50</sup> Jakob Kaiser

---

1945, in: ACDP 07-011-1286. Beschlussprotokoll der 11. Sitzung des Antifaschistisch-demokratischen Landesausschusses vom 25. Oktober 1945, in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), SED-BPA Dresden, I/A/014. Beschlussprotokoll der 12. Sitzung Landesblocks Sachsen vom 22. November 1945, ebd. Rundschreiben des Sekretariats des Landesausschusses der Volkssolidarität vom 22. November 1945, in: SächsHStA, LRS, MASF 1029, Bl. 57–60. Donth: Vertriebene, S. 185–188.

48 Braun: Volkssolidarität, S. 800. Baus/Hänel: Gründung, S. 29.

49 Tätigkeitsbericht des Unterbezirkes Hoyerswerda der SPD vom 18. Februar 1946, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.007. Bericht über die Wochenarbeit der KPD Hainewalde vom 30. November 1945, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/090. Broschüre „Leipzig gestern-heute-morgen“ der SED-Kreisleitung vom August 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/629. Schwartz: „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft, S. 248. Ther: Vertriebene, S. 282–291.

50 Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945, in: Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. 25. Schreiben Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 90f. Tagesbericht der Propagandaverwaltung vom 29. November 1945, in: AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 19. Bericht Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 27. Dezember 1945 an Shikin, in: AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 120–130. Schreiben Ulbrichts an Dimitroff vom 22. Juni 1945, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 742, Bl. 154–157. Informationsbericht Tjulpanovs vom 20. Dezember 1945, in: AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 92–96. Bericht von Hermes und Schreiber gegenüber dem Gründungsausschuss vom 20. Dezember 1945, in: ACDP 01-090-015/1. Tagebuch Anna Hermes vom 15. Dezember 1945, in: ACDP 01-090-160. Ulbrichts Bericht „Stellung der 4 Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen“ vom 14. August 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66. Protokoll der Blocksitzung vom 22. November 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 104. Keiderling: Scheinpluralismus, S. 288–294. Friederike Sattler: Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED

und Ernst Lemmer übernahmen nach diesem von den Sowjets erzwungenen Führungswechsel die frei gewordenen Posten an der Spitze der CDU. Die SMAD schätzte beide zunächst im Vergleich zu den Vorgängern als loyaler ein.<sup>51</sup>

*Die Vertriebenenpolitik der sächsischen Union von 1946 bis 1950 zwischen sozialem Engagement und der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze*

Kaiser forderte schon im Januar 1946, die Lage der Vertriebenen zu verbessern und sie enger an die CDU zu binden.<sup>52</sup> Die CDU gab ihre prinzipielle Ablehnung der Neubauernhilfe auf und versuchte, Flüchtlinge, die im Zuge der Bodenreform Land erhalten hatten, für die Partei zu gewinnen.<sup>53</sup> Die Reichsgeschäftsstelle der CDU intensivierte Anfang 1946 ihre diesbezüglichen Bemühungen, verzichtete aber auf die Thematisierung der Grenzfrage, um Konflikte mit der SMAD zu vermeiden.<sup>54</sup> Zudem arbeitete die Reichsgeschäftsstelle mit ihrem Umsiedlerreferat eng mit dem sächsischen CDU-Landesverband zusammen.<sup>55</sup> Unter Leitung Bruno Kammlers, dem als Vertriebenen die Belange dieser Bevölkerungsgruppe besonders vertraut waren, existierte im Landesverband seit dem 12. März 1946 ein entsprechendes Referat, das versuchte, die Betreuung von Transporten und Lagern zu verbessern und die ablehnende Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Vertriebenen abzubauen. Kammlers Schwerpunkt war die Unterstützung der Suchstellen, um den Vertriebenen Kontakte zu Familienangehörigen zu ermöglichen. Weiterhin setzte sich die CDU ein für eine weitere Zuteilung

---

auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 154–158. Alexander Fischer: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Michael Richter/Martin Rißmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar 1995, S. 12–21. Siegfried Suckut: Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: Deutschland Archiv 55 (1982), S. 1045–1080. Agethen: CDU, S. 50f. Wentker: Anfänge, S. 210f. Baus: CDU, S. 203–245. Ausführlich hierzu Donth: Vertriebene, S. 82–92.

- 51 „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 65–67. Wentker: Anfänge, S. 208f.
- 52 Redenotizen Kaisers von Anfang Januar 1946. Vgl. Suckut: Wandel, S. 137f.
- 53 Beschlussfassung der Einheitsfront in Fragen einer Hilfe für die Neubauern von Kaiser vom 7. Januar 1946. Informationsbrief Nr. 8 der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 10. Januar 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 157–158; ACDP 07-011-1286. Brief des Kreisvorsitzenden der CDU Rochlitz an die SMA vom 12. April 1946, in: ACDP 03-035-010.
- 54 Informationsbrief Nr. 8 der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 10. Januar 1946, in: ACDP 07-011-1286. Rundschreiben Nr. 7 des Generalsekretariats der CDU vom 22. Januar 1946, ebd.
- 55 Rundschreiben Nr. 14 der CDU-Reichsgeschäftsstelle, ebd.

von Bodenreformland an Flüchtlinge, die Verteilung ausländischer Spenden bereits in den Auffanglagern und Übergangsbahnhöfen, eine Auszahlung der Sparguthaben und die Weiterbeschäftigung von geflüchteten Angestellten und Beamten sowie die Regelung von deren Altersversorgung. Geflüchtete Handwerker und Kaufleute sollten als „Betriebsführer“ arbeiten können. Damit wandte sich die CDU vor allem an Bauern, Teile des städtischen Mittelstandes und Angestellte.<sup>56</sup> Besonders aufmerksam verfolgte die SMAD den Parteitag der CDU vom 15. bis 17. Juni 1946 in Berlin, der auch die Situation der Vertriebenen thematisierte.<sup>57</sup> Die Union unterstützte Kredite und Beihilfen zur Existenzgründung und eine bevorzugte Behandlung bei Stellenbesetzungen in Wirtschaft und Verwaltung. Weiterhin trat die CDU für „landsmannschaftlich geschlossene Siedlungen“ und das „Zusammenwirken der Flüchtlinge in einwandfreien Selbsthilfeorganisationen auf genossenschaftlicher Grundlage“ ein.<sup>58</sup>

Für alle Parteien war die Gewinnung von Mitgliedern unter den Vertriebenen problematisch. Konflikte zwischen Einheimischen, die letztendlich die Mehrheit der Bevölkerung stellten, und Vertriebenen sind auch in der CDU nachweisbar. Nur selten gelangten diese in Leitungsgremien, da hier einheimische Persönlichkeiten bevorzugt wurden – auch im Hinblick auf die Wahlchancen.<sup>59</sup>

1946 prägten die Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen die politischen Auseinandersetzungen in Sachsen.<sup>60</sup> Aufgabe der SMAD war es, einen Sieg der SED sicherzustellen und die bürgerlichen Parteien zu behindern. Im Vergleich zur LDP war aus sowjetischer Sicht die CDU auch wegen ihrer Vertriebenenpolitik der gefährlichere Gegner der SED.<sup>61</sup> Weitere Gründe da-

---

56 Monatsbericht des Landesvorstandes der CDU für März 1946, in: ACDP 03-035-006. Schreiben Kammlers vom 1. April 1946, in: ACDP 03-035-058. Thesenpapier des CDU-Umsiedlerreferenten Bruno Kammler vom Sommer 1946. Redeskizze für Umsiedlerversammlungen Sommer/Herbst 1946, in: Thüsing/Tischner: „Umsiedler“, S. 276–279.

57 Agethen: CDU, S. 52f. Werner Conze: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart 1969, S. 81–97. Ausarbeitungen Dr. Geisler, die auf dem Parteitag diskutiert wurden, in: ACDP 07-011-712.

58 Rede Kaisers vom 16. Juni 1946, in: ACDP 01-090-016/2. Entschließung des Parteitages zur Flüchtlingsfrage vom 17. Juni 1946, in: ACDP 01-188-001/1.

59 Schreiben Dr. Johannes Beda an Koring vom 10. Oktober 1945, in: ACDP 03-035-027. Donth: Vertriebene, S. 92.

60 Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 44–110.

61 Schreiben Tjulpanovs an Suslov vom 28. August 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 245–248. Schreiben Tjulpanovs an den SMAD-Stabschef vom 17. Juli 1946, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278. Ausführungen Vatriks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September



für waren neben der von Jakob Kaiser vertretenen These vom „christlichen Sozialismus“ die von den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf erhobene Kritik, nach der die SED zu Diktatur und Sozialisierung strebe, die Gleichsetzung der Methoden der SED mit denen der Nazis, das Fehlen von Demokratie, die Korruption in den Verwaltungen sowie der Kampf um die Revision der östlichen Grenze.<sup>62</sup> Gerade deren „Erörterung“ wünschte Tjulpanov nicht.<sup>63</sup> Über dieses Verbot setzte sich Kaiser auf einer Wahlkampfveranstaltung in Görlitz hinweg. Die SMAD verhinderte daraufhin entsprechende Berichte in der CDU-Presse.<sup>64</sup> Trotzdem verbreitete sich die Forderung Kaisers „blitzschnell“ unter der sächsischen Bevölkerung und führte zu einem Ansehensverlust der SED.<sup>65</sup> Auch der sächsische CDU-Vorsitzende Hugo Hickmann bezog sich bei einigen seiner Wahlkampfauftritte auf Kaiser.<sup>66</sup> Die Reaktion der SMAD war drastisch: Der Leiter der Abteilung „Arbeit in den antifaschistischen Parteien“ der SMAD-Propagandaverwaltung, Oberst Prokofij F. Nazarov, drohte Kaiser das gleiche Schicksal wie Hermes an, sollte er seine Position in der Grenzfrage nicht ändern.<sup>67</sup>

---

1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48 und Bl. 126. Bericht der Abteilung für Kommandantendienst der SMAS für April 1946, in: GARF, f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 157–171. Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 67f. Agethen: CDU, S. 51. Baus: CDU, S. 303–341. Kurzweg: Vertriebenenpolitik, S. 112–165. Naimark: Russians, S. 327–335. Mike Schmeitzner/Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 21). Köln u. a. 2002, S. 245–257. Schreiben „Maßnahmeplan zur Vorbereitung der Wahlen in der SBZ“ Tjulpanovs an Semenov vom 22. Mai 1946, in: Laufer/Kynin: UdSSR und deutsche Frage, Teil 2, S. 420–423.

- 62 Zum Wahlkampf der CDU und zum „christlichen Sozialismus“ Agethen: CDU, S. 51f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 125–127.
- 63 Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 279–281. Informationsbrief Nr. 10 des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung beim Politischen Berater Filipov für den Zeitraum vom 20. Juli–15. August 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214–235.
- 64 Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 55. Conze: Jakob Kaiser, S. 104. Der sowjetischen Zensur fielen auch vertriebenenpolitisch motivierte Teile eines Aufrufs der CDU an die Jugend zum Opfer. Vgl. den entsprechenden Vorgang, in: ACDP 03-035-040.
- 65 Bericht des Chefs der Propagandaabteilung der Zwickauer Bezirkskommandantur über die Ergebnisse der Gemeindewahlen im Bezirk Zwickau vom 15. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 152, Bl. 166–172.
- 66 Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.
- 67 Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62.

Als sich die SED mit ihrer bedingungslosen Unterstützung der Oder-Neiße-Grenze immer mehr isolierte und auch durchsichtige Wahlkampfmanöver wie u. a. ihre Erklärung „SED und Grenzfragen“<sup>68</sup> (19. September 1946) keine Entlastung brachten, versuchten SMAD und SED, mit sozialen Wohltaten bei den Vertriebenen zu punkten.<sup>69</sup> Dazu griff die Partei die schon seit längerem von der CDU geforderte Freigabe von Sparkonten auf und instrumentalisierte dieses Thema im Wahlkampf. In erster Linie ging es darum, materielle Leistungen als Erfolg der eigenen und nicht der Politik der CDU herauszustellen. Bei der Vorgeschichte dieses Konflikts fiel dies der SED schwer.

Bereits ein Jahr zuvor – am 13. September 1945 – hatte die CDU im Block vorgeschlagen, Sparern bis zu einer bestimmten Höhe ihre Guthaben zugänglich zu machen, scheiterte aber am Nein von KPD und SPD.<sup>70</sup> Eine Grundsatzentscheidung der SMAD von Ende Januar 1946, nach der „kleine Sparer“ bei Vorlage des Sparbuches bis zu 500 Mark ratenweise erhalten konnten, berücksichtigte viele Vertriebene nicht, weil diese ihre Sparbücher verloren hatten.<sup>71</sup> Nach zähen Verhandlungen setzte die CDU eine Absichtserklärung durch, wonach vor allem Vertriebenen geholfen werden müsse.<sup>72</sup> Der Block-Beschluss vom 14. März 1946, der für diese zum Aufbau einer neuen Existenz Beihilfen und Kredite in Aussicht stellte, griff nach Ansicht der CDU zu kurz.<sup>73</sup> Ende April 1946 bat ZVU-Chef Rudolf Engel die SMAD um die Freigabe der Sparguthaben der Vertriebenen und um Rentenzahlungen.<sup>74</sup> Erst am 25. Juni 1946 konnte er über eine Anweisung der SMAD informieren, nach der Vertriebene Renten und Pensionen erhalten könnten.<sup>75</sup> Da damit das Problem

---

68 Abdruck in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland. Berlin (Ost) 1948, S. 92f.

69 Donth: Vertriebene, S. 219–225.

70 Protokoll der Blocksitzung vom 13. September 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 88. Protokolle der Blocksitzungen vom 25. Oktober und 22. November 1945. Antrag der CDU zur Frage der Altkonten, ebd., S. 91f., S. 102 und S. 106f. Protokoll der Blocksitzung vom 10. Januar 1946, ebd., S. 108. Schreiben Engels an die Landesverwaltungen vom 17. Januar 1946, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2266.

71 Notizen Piecks zu einer Besprechung mit General Bokov vom 23. Januar 1946, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994, S. 64.

72 Gemeinsamer Entwurf von KPD und SPD vom 21. Februar 1946. Protokoll der Blocksitzung vom 28. Februar 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 117 und S. 120ff.

73 Schreiben des Verbindungsbüros des Blocks an Pieck vom 8. März 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718. Aktennotiz Gradls vom 11. März 1946. Protokoll der Blocksitzung vom 14. März 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 125 und S. 130.

74 Schreiben Engels an die SMAD vom 29. April 1946, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2265. Protokoll der Umsiedlerkonferenz vom 14. Juni 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 952, Bl. 84–113.

75 Schreiben Engels vom 25. Juni 1946, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2264. Telefonnotiz vom 19. August 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/744, Bl. 4.

der Sparguthaben immer noch ungelöst war, brachte die CDU dies am 22. August 1946 erneut im Block zur Sprache. Bis zu den Gemeindewahlen erfolgte keine Regelung.<sup>76</sup> Die SED spielte weiter auf Zeit, zum einen, um zu verhindern, dass bürgerliche Politiker eine Regelung als eigenen Erfolg ausgeben konnten, zum anderen, weil die SMAD bereits die Verkündung materieller Unterstützungsleistungen mit einem eigenen Befehl plante, um so den größtmöglichen Effekt für die SED zu erzielen.<sup>77</sup> Kurz vor den Wahlen stellte dann der SMAD-Befehl Nr. 304 vom 15. Oktober 1946 für alle arbeitsunfähigen „Umsiedler“ eine einmalige Unterstützung von 300 Mark und für deren Kinder unter 14 Jahren von je 100 Mark in Aussicht. Kredite für den Neuaufbau einer wirtschaftlichen Existenz waren nicht vorgesehen. Eine Auszahlung in großem Stil vor den Wahlen war wegen der kurzen Zeitspanne nicht möglich, zumal auch die Finanzmittel fehlten. Der Wahlbetrug wurde offensichtlich, als bereits Ende Oktober 1946 erste Richtlinien den Kreis der Begünstigten einschränkten.<sup>78</sup>

Bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen 1946 erzielte die sächsische Union aufgrund der massiven Behinderungen nur ein Ergebnis zwischen 20 und 25 Prozent und wurde damit nach den Liberalen zur zweitstärksten bürgerlichen Partei. Die SED erreichte eine knappe absolute Mehrheit.<sup>79</sup> Als wichtigsten Grund für die schlechten Ergebnisse der SED nannte der Leiter der SMAS-Propagandaabteilung, Oberstleutnant Abram Vatnik, die Position der Partei zur Ostgrenze.<sup>80</sup> Auch Tjulpanov ging davon

76 Protokoll der Blocksitzung vom 22. August 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 164. Ther: Die Vertriebenen, S. 159ff. Vorlage Lehmanns an das ZS vom 5. September 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/744, Bl. 5–7. Entwurf der CDU „Kredithilfe für Umsiedler“, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 289.

77 Protokoll der Blocksitzung vom 2. Oktober 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 168. Aktennotiz der SMAD für Pieck vom 11. Oktober 1946, vgl. Badstübner/Loth: Aufzeichnungen, S. 85. Niederschrift über die am 2. Oktober 1946 bei der SMAD in Karlshorst stattgefunden Besprechung, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 82, Bl. 1. Beschlussprotokoll des ZS vom 14. Oktober 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2.1/38.

78 Befehl Nr. 304 des Obersten Chefs der SMAD vom 15. Oktober 1946, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 82, Bl. 10. Richtlinien über die Auszahlung von einmaligen Unterstützungsbeträgen an unbemittelte Umsiedler vom 15. Oktober 1946 und die Durchführungsverordnung über die Auszahlung von einmaligen finanziellen Unterstützungen an Umsiedler entsprechend dem Befehl des Obersten Chefs der SMAD, die am 22. Oktober 1946 durch die Finanzverwaltung der SMAD bestätigt wurde. Bundesarchiv Potsdam (nunmehr Berlin-Lichterfelde), in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 82, Bl. 11–12 und Bl. 6–8.

79 Jürgen Falter/Cornelia Weins: Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Mehringer/Schwartz/Wentker: Erobert oder befreit, S. 215–233.

80 Weitere Punkte waren u. a. die schlechte Versorgungslage, die Demontagen und die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwal-

aus, dass die „Umsiedler“ mehrheitlich für bürgerliche Parteien gestimmt hätten.<sup>81</sup>

Die Bildung von Allparteienregierungen in allen Ländern der SBZ und die Fortsetzung der Blockpolitik zur Verhinderung von Alleingängen von CDU und LDP waren die Grundlagen der Regierungsbildung in den Ländern der SBZ.<sup>82</sup> In diesen von der Besatzungsmacht vorgegebenen Rahmen fügte sich die administrative Umsetzung der sächsischen Vertriebenenpolitik ein.<sup>83</sup> Tjulpanov befahl, bürgerlichen Politikern Posten in den Verwaltungsorganen zu übertragen.<sup>84</sup> Bereits Ende 1946 hatte die Besatzungsmacht entschieden, dass die Union bei der Vergabe „undankbarer Posten“ zu „berücksichtigen“ sei. In der sächsischen Landesregierung besetzten mit Gerhard Rohner und Georg Knabe zwei Unionspolitiker die Ressorts für Finanzen sowie Handel und Versorgung. Weitere CDU-Mitglieder traten als Ministerialbeamte der Regierung bei. Die Leitung der Umsiedlerabteilung im Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge unter Minister Walther Gäbler (SED) wurde der Liberaldemokratin Ruth Fabisch übertragen, ohne die Dominanz der SED in dieser Abteilung jedoch ernsthaft zu gefährden.<sup>85</sup> Spitzenpolitiker der Union befürchteten, die SED werde an die Adresse der von der CDU geführten Ministerien „demagogische“ Forderungen stellen, um die Union in der Bevölkerung zu diskreditieren.<sup>86</sup>

---

tung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18.

- 81 Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Ergebnisse der Gemeindevahlen in der SBZ, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49–61. Undatiertes Memorandum Tjulpanovs zum Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, n. 8, d. 14, Bl. 125–132. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945 – Oktober 1948), in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 5. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Bd. 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Undatierte und nicht namentlich gekennzeichnete Ausarbeitung „Mängel in der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen“, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62–66. Arbeitsbericht für die 2. Jahrestagung der CDU in Berlin vom 6.–9. September 1947, in: ACDP 01-090-016/3.
- 82 Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 115.
- 83 Bericht über die Parteiarbeiterkonferenz im Land Sachsen vom 4./5. Juli 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 952, Bl. 129–156.
- 84 Schreiben Tjulpanovs über den Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ, o. D., in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 125–132.
- 85 Donth: Vertriebene, S. 233–244. Kurzweg: Vertriebenenpolitik, S. 201–207.
- 86 Informationsauskunft des stellvertretenden Chefs der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152. Bericht über Äußerungen des 2. Vorsitzenden der sächsischen CDU im kleinen Kreis über die Beziehungen zur Regierung und die Vorhaben der nächsten Zeit. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information 92/96 vom 27. Dezember 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 241f.

Diese Befürchtungen sollten sich bewahrheiten. In Leipzig erhielt Ernst Eichelbaum (CDU) als 2. Bürgermeister die Zuständigkeit über das Sozial-, Wohnungs- und Umsiedleramt.<sup>87</sup> Seine Arbeit wurde von der SED systematisch behindert.<sup>88</sup> Mitte Oktober 1948 flüchtete Eichelbaum deshalb in den Westen. Auch für andere sächsische Kommunen sind ähnliche Vorgänge nachweisbar.<sup>89</sup> Die Beteiligung bürgerlicher Politiker an den Entscheidungsprozessen nutzte die SED aus, um von ihrer Alleinverantwortung für unpopuläre Maßnahmen abzulenken. Ende 1948 instrumentalisierte die SED Versorgungsschwierigkeiten, um gezielt gegen den sächsischen Minister für Handel und Versorgung Knabe (CDU) vorzugehen. Damit wollte die SED die Position der Union bei den Vertriebenen untergraben.<sup>90</sup>

Kritisch beobachtete die SMAS die detaillierten vertriebenenpolitischen Richtlinien der Union.<sup>91</sup> Führende Repräsentanten der Partei wie Jakob Kaiser und Hugo Hickmann sprachen sich weiterhin für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze aus. Für Tjulpanov war dies der Versuch, die CDU als Flüchtlingspartei zu etablieren. Ziel der SMAD war, dies zu unterbinden.<sup>92</sup> Gerade in der Grenzfrage war die Besatzungsmacht immer weniger bereit, Kritik zu tolerieren, nachdem Stalin der SED-Führung Anfang 1947 erklärte, dass er die Oder-Neiße-Linie als endgültig betrachtete.<sup>93</sup>

Kaisers Politik, vor allem die Verteidigung des Marshallplanes, die Aufkündigung der Mitarbeit im Block, sein Auftreten gegen Reparationen und Demontagen, die Forderungen nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze sowie der Freilassung der Kriegsgefangenen und nach einem Ende der Verhaftungen in der SBZ ebenso wie die sich anbahnende engere Zusammenarbeit mit der

87 Eichelbaums Bericht „Vertriebenenpolitik in der SBZ“, in: ACDP 01-201-002/1. Manja Winkler: Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 125–142.

88 Ausführungen Selbmanns vom 6. Januar 1947 auf der Sekretariatssitzung des SED-Landesvorstandes, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 8.

89 Ausführungen des Chemnitzer SED-Chefs Friedels auf der SED-Landesvorstandssitzung am 9. Januar 1947, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/756, Bl. 57.

90 Donth: Vertriebene, S. 300–302.

91 Kurzweg: Vertriebenenpolitik, S. 169.

92 Informationsbericht Tjulpanovs an den Obersten Chef der SMAD Sokolovskij vom 17. Mai 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 224–227.

93 Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 279–303. Jochen Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Teil 3. Russ. Moskau 2000, S. 136–156. Badstübner/Loth: Aufzeichnungen, S. 110–126. Von der SED-Führung vorbereitete Materialien „Über den Friedensvertrag und die Regierung für das gesamte Deutschland“, die Suslov am 31. Januar 1947 an Stalin, Molotov und Shdanov weiterleitete, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, Bl. 27–31.

CDU der westlichen Zonen im Rahmen der Fraktionsgemeinschaft führte dazu, dass die SMAD gezielt seine Absetzung als CDU-Vorsitzender forcierte. Konkreter Anlass war dessen Ablehnung des Volkskongresses, mit dem die Sowjets in der Deutschlandpolitik die Initiative von den Westmächten zurückgewinnen wollten. Die SMAD beendete die „Kaiser-Krise“, als sie am 20. Dezember 1947 die „progressiven“ CDU-Politiker Otto Nuschke und Georg Dertinger davon unterrichtete, sie betrachte bis auf weiteres die Führung der sechs Landesverbände unter Leitung von Hugo Hickmann und Reinhold Lobedan (Mecklenburg) als oberste Vertretung der Partei. Wie bei der Absetzung von Hermes spielten auch bei der Kaisers vertriebenenpolitische Aspekte eine nicht zu unterschätzende Rolle.<sup>94</sup>

Auch unter der neuen, sowjetfreundlicheren CDU-Spitze verstummten die Forderungen nach einer Revision der Ostgrenze nicht. Diesbezügliche Äußerungen des sächsischen CDU-Vorsitzenden Hickmann verstärkten das Misstrauen der SMAS, die wusste, dass er damit für die Mehrheit der CDU-Mitglieder sprach. Bis zum Herbst wollte die SMAD dafür sorgen, dass wenigstens auf zentraler Ebene die Führungen von CDU und LDP die Oder-Neiße-Grenze begrüßten. Dies wollte die Besatzungsmacht dann dazu nutzen, um die CDU-Landesverbände unter Druck zu setzen und dort die Ablehnungsfront aufbrechen. In Sachsen setzte die SMAS eine Reihe von CDU-Kreisvorsitzenden wegen deren Position zur Grenze ab und hiewte „fortschrittliche Kräfte“ in die freigewordenen Stellungen. Eine Anerkennung der neuen Grenzziehung durch den Landesvorstand stand allerdings Ende 1948 immer noch aus.<sup>95</sup>

---

94 Ausführlich hierzu Donth: Vertriebene, S. 303–320. Nachfolgend aufgeführte Materialien wurden herangezogen: Bericht Kratins über die Lage in der CDU vom 30. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 102–108. Informationsbericht Tjulpanovs vom 9. September 1947 über den Parteitag der CDU, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 370–381. Bericht der Informationsverwaltung der SMAD an das ZK der KPdSU über den Parteitag der CDU vom 9. September 1947. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. 127–129. Bericht Tjulpanovs über die Tätigkeit der Informationsverwaltung der SMAD von Juli bis September 1947 vom 7. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 12, Bl. 63–85. Übersicht Makarovs an Suslov vom 3. Januar 1948 über die Lage in der CDU, in: GARF, f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 8–17. „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 74ff. Bericht Tjulpanovs an Baranov vom 6. Mai 1948 über die Lage in der CDU, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 568, Bl. 62–93. Bericht Makarovs an Kuzentsov vom 16. Januar 1948 über „Die besonderen Maßnahmen der SMAD im Dezember 1947“, in: GARF, f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 21–36. Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981, S. 177–189. Baus: CDU, S. 353–404. Conze: Jakob Kaiser, S. 162–201. Wettig: Konflikt, S. 127ff.

95 Bericht der SMAS-Informationsabteilung über die Arbeit im 4. Quartal 1947 vom 10. Januar 1948 an Tjulpanov, in: AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 4–49. Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948,



Während des III. Parteitages der CDU (18. bis 20. September 1948) forderte die SMAD die Umwandlung der Union in eine „prokommunistische Partei“ (Richter). Die herausgehobene Bedeutung der Grenzproblematik wird dadurch besonders sichtbar, dass Tjulpanov sie nach der Anerkennung der sozialökonomischen Reformen in der SBZ an die zweite Stelle setzte und erst danach die Anerkennung der Führungsrolle der SED und des Zweijahresplanes forderte.<sup>96</sup>

Im Zusammenhang mit den Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress (15./16. Mai 1949) in der SBZ, mit denen die SMAD auf die Staatsgründung im Westen reagierte und die erstmals als Einheitslistenwahlen stattfanden, intensivierte die Besatzungsmacht ihre Vertriebenenpolitik, weil eine Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppe weiterhin die Politik der SED ablehnte.<sup>97</sup> Schon im Januar 1949 hatte die SED den Sieg der CDU bei einer Neuwahl in Bennewitz, die durch die Zusammenlegung mehrerer Gemeinden notwendig geworden war, auf die Wahlentscheidung dieser Bevölkerungsgruppe zurück-

---

in: AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113. Bericht der Informationsabteilung der SMAS vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948, in: AVP RFm f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113, Auskunftsbericht zur Frage der Umsiedler in der SBZ der Abteilung für Druckerzeugnisse und außenpolitische Information des Politischen Beraters an Smirnov vom 27. März 1948, in: AVP RF, f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 36–45 und Bericht vom 7. Februar 1948 über die Arbeit der Informationsverwaltung im Januar 1948 sowie Bericht Tjulpanovs über die Arbeit im Februar 1948, in: AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 41–49 und Bl. 50–62. Siehe Informationsbericht Tjulpanovs über die Ergebnisse des Volkskongresses vom 8. Dezember 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 11, Bl. 76–85.

96 Richter: Ost-CDU, S. 119–125. Baus: CDU, S. 449–451.

97 Günter Braun: Wahlen und Abstimmungen, in: Broszat/Weber: SBZ-Handbuch, S. 381–431, hier S. 390ff. Klarschrift von Notizen Piecks über Petitionen von Flüchtlingen von 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/743, Bl. 1f. Berichte der SED-Kreisleitungen Döbeln und Zittau vom 24. und 25. Juni 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/194, Bl. 30 und Bl. 44. Bericht der SED-Kreisleitung Großenhain vom 14. Juli 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/400, Bl. 15. Bericht einer SED-Kreisdelegiertenkonferenz vom 5./6. November 1949 in Pirna, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, IV/4.12.001. Zusammenstellung der Org.-Instrukteurabteilung des SED-Landesvorstandes Dresden vom 10. November 1949 zu den Diskussionen in der SED über die Oder-Neiße-Grenze, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/367, Bl. 67f. Zusammenstellungen für Merker zur Oder-Neiße-Grenze Juni und Juli 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2022/33. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 223 und Bl. 230. Auszug aus dem Halbjahresbericht der Landesregierung an die DVdI-Umsiedlerabteilung vom 10. September 1949, in: BAP, DO I, B 10, Nr. 23, Bl. 150. Berichte von SED-Funktionären von Kreisratssitzungen vom November 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/985, Bl. 73 und Bl. 104ff. Berichte aus den sächsischen Kreisen von August und September 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 6/4051.



geführt.<sup>98</sup> Ähnliches galt es bei den Volkskongresswahlen zu verhindern.<sup>99</sup> Die SMAD sollte deshalb die gesellschaftliche Tätigkeit der Kirchen stärker kontrollieren und deren Einfluss auf Vertriebene begrenzen.<sup>100</sup> Anfang 1949 kontrollierte die SMAS die Versorgung Vertriebener mit Wohnraum in sechs sächsischen Städten, deren Wohnungsdezernenten Mitglieder der LDP oder CDU waren, und stellte eine massive Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe fest. Daraufhin warf die Besatzungsmacht den bürgerlichen Parteien vor, ihre eigene Klientel vor Einquartierungen zu schützen, und versuchte so, die CDU bei den Vertriebenen zu diskreditieren.<sup>101</sup> Als sich Hickmann am 30. März 1949 bei einem Auftritt in Leipzig u. a. für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze eingesetzt hatte, ging die SMAS gegen ihn und „reaktionäre Tendenzen“ in der sächsischen Union vor. Auch der Chemnitzer CDU-Vorsitzende Pfarrer Ludwig Kirsch sprach von der „nicht richtigen östlichen Grenze“.<sup>102</sup>

Mit 62,3 Prozent Ja-Stimmen und 37,7 Prozent Nein-Stimmen lag Sachsen bei diesen Delegiertenwahlen trotz massiver Manipulationen unter

98 Protokoll der Sitzung vom 17. Januar 1949 des Sekretariats des SED-Landesvorstandes, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/785, Bl. 102–103. Schreiben des CDU-Kreisverbandes Wurzen-Grimma vom 17., 20. und 21. Januar 1949 an den CDU-Landesvorstand, in: ACDP 03-035-064.

99 Schreiben des Chefs der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten an den Stellvertreter des Politischen Beraters vom 25. April 1949 und vom 3. Mai 1949 an Semenov, in: AVP RF, f. 0457a, op. 7, p. 37, d. 4, Bl. 94 und Bl. 122–124. Schreiben der SED-Landesleitung an das ZK vom 26. März 1949, in: BAP DO 1, B 10, Nr. 86.

100 Anweisung Tjulpanovs vom 8. Februar 1949 an die Informationsabteilungen der Länder, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 58, d. 30, Bl. 19–21. Ausführungen Weidauers vor dem SED-Landesvorstand am 30. Dezember 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/769, Bl. 308. Schreiben des DVdI-Präsidenten vom 21. März 1949 an den sächsischen Innenminister, in: SächsHStA, LRS, Mdl 277. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 238–245. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 9. Mai 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/786. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 207. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

101 Bericht der Abteilung für Zivilverwaltung der SMAS an die SMAD-Verwaltung für Zivilverwaltung vom 13. April 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 101–113.

102 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 247. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Bericht Tjulpanovs vom 18. Juli 1948 an Russkich über die Tätigkeit der SMAD-Informationsverwaltung im 1. Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 125–146, Bl. 134.

dem SBZ-Durchschnitt.<sup>103</sup> Das schlechte Ergebnis führte die SMAS wiederum auf die Wahlentscheidung der Vertriebenen zurück, die in ihrer Mehrheit zur CDU tendierten und deshalb die hohe Zahl von Neinstimmen in dieser Bevölkerungsgruppe zu verantworten hatten.<sup>104</sup> Daraufhin bekämpfte die SMAS noch entschiedener als ohnehin schon Funktionäre und Mitglieder von CDU und LDP, wenn diese die Oder-Neiße-Grenze kritisierten oder sich für die Vertriebenen engagierten. Der CDU-Vorsitzende von Hoyerswerda, der aus Schlesien stammte, floh in den Westen, während die SMAS die CDU-Kreisvorsitzenden von Auerbach und Kamenz absetzte.<sup>105</sup> Pieck führte am 12. August 1949 vor Vertriebenen aus, dass „mit dieser Aussiedlung [...] die Grenze endgültig festgelegt“ sei, die bei guten Beziehungen zu Polen aber viel von ihrer Härte verlieren werde. Letztlich führe kein Weg an der endgültigen Eingliederung der Vertriebenen in die SBZ-Gesellschaft vorbei.<sup>106</sup> Schließlich konnte die CDU im zentralen Block die Zustimmung zu einer Erklärung nicht mehr verweigern, die für jeden „fortschrittlichen Deutschen [...] die nationale Verpflichtung“ gegeben sah, „gegen alle Elemente aufzutreten, die versuchen, die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland zur Verhetzung der Völker und Entfesselung eines neuen Krieges zu mißbrauchen“.<sup>107</sup> Am 23. November

- 
- 103 Günter Braun: Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress, in: Elke Scherstjanoi (Hg.): Provisorium für längstens ein Jahr. Protokoll des Kolloquiums „Die Gründung der DDR“, September 1991. Berlin 1993, S. 362–368. Richter: Ost-CDU, S. 182–189. Protokolle der Sitzungen der Landeswahlkommission vom 19. und 20. Mai 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/349, Bl. 210–214 und Bl. 223–225. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Memorandum Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ im Mai 1949 vom 7. Juni 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 87–98.
- 104 Schreiben der Zivilverwaltungsabteilung der SMAS an die vorgesetzte Dienststelle in der SMAD vom 24. Mai 1949 über die Ergebnisse der Volkskongresswahlen, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 118ff. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Protokoll der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 17. Juni 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/J IV 2/3/33. Bei den Gegenstimmen argumentierte die CDU ähnlich. Schreiben des CDU-Kreisverbandes Dresden an den Landesvorstand vom 15. Juni 1949, in: ACDP 03-035-149.
- 105 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 246. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255.
- 106 Rede Piecks vor Umsiedlern in Berlin vom 12. August 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/440, Bl. 104–123. Redemanuskript von Buchwitz und Text einer Rundfunkansprache Merkers, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.01.018 und SAPMO-BA, ZPA, NY 4102/45, Bl. 91–93.
- 107 Protokolle der Blocksitzungen vom 17. Juni 1949, 4. Juli 1949 und 19. August 1949, in: Suckut: Blockpolitik, S. 428–506. Wettig: Bereitschaft, S. 171–175. Protokoll der Sitzung

1949 konnten SMAS und SED im Landesblock Sachsen eine Entschließung durchsetzen, in der es hieß: „Wer jetzt noch für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze Stellung nimmt, kann keinen Platz in den antifaschistisch-demokratischen Parteien haben.“<sup>108</sup> Unter Rückgriff auf diese Blockvereinbarung ging die SMAS gezielt gegen CDU-Politiker vor, die ein positives Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze ablehnten. In Görlitz und Grimma kam es deshalb zu schweren Konflikten.<sup>109</sup> Noch Anfang 1950 griff die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), die nach der Gründung der DDR installierte Nachfolgeorganisation der SMAD, in die Konflikte des Kreisblocks Grimma ein und zwang die CDU- und LDP-Kreisverbände, einer Resolution zuzustimmen, die die Oder-Neiße-Grenze als „Friedensgrenze“ bezeichnete.<sup>110</sup>

Einen besonderen Stellenwert besaß für die SMAD die Auflösung eigenständiger Vertriebenenorganisationen, die dazu ihren Sicherheitsapparat mobilisierte.<sup>111</sup> Für die gesamte SBZ sind Versuche Vertriebener nachweisbar, sich auf landsmannschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen – vielfach unter Mithilfe der Kirchen und der CDU sowie aus dem Westen. In welchem Ausmaß dies angesichts der Vorgehensweise des sowjetischen Geheimdienstes Erfolg und auch über einen längeren Zeitraum Bestand hatte, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Unter kirchlichem Schutz und mit entsprechender „Tarnung“ konnten zahlreiche Gruppen mit einer beschränkten Öffentlichkeitswirkung arbeiten.<sup>112</sup> Im Mai 1948 vereitelte die SMAD Versuche von Ferdinand Friedensburg (CDU), mit Berliner Magistratsmitarbeitern und Vertretern der Kirche eine Suchzentrale als Gegengewicht zu dem „Zentralen Suchdienst

---

des SED-Landesvorstandes vom 19./20. März 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/766.

108 Entschließung des Landesblocks Sachsen vom 23. November 1949, in: ACDP 03-035-025.

109 Ein von der SED in Görlitz eingebrachter Entschließungsentwurf und die beiden Berichte über die Blocksitzung vom 22. Oktober 1949 in einem Schreiben der Görlitzer CDU an Hickmann vom 23. Oktober 1949 und des Görlitzer FDGB an den Landesblockausschuss vom 28. Oktober 1949. Zu Grimma Schreiben des SED-Landesvorstandes an den CDU-Landesvorstand vom 14. Dezember 1949. Schreiben Jenschs an den SED-Landesvorstand vom 21. Dezember 1949, in: ACDP 03-035-024.

110 Protokoll der Sitzung des Kreisblocks Grimma vom 11. Januar 1950, in: SächsHStA, LRS, MP 498.

111 Die SED-Führung erhielt bei ihrem Besuch bei Stalin Ende 1948 die Anweisung, sich stärker um die Eingliederung der Vertriebenen zu kümmern. Notizen Piecks über den Besuch bei Stalin vom 12. bis 24. Dezember 1948. Notizen Piecks über eine Besprechung mit dem Chef des MGB-Apparates für die SBZ, Generaloberst Kowaltschuk, vom 10. November 1948, in: Badstübner/Loth: Aufzeichnungen, S. 246–274.

112 Bericht des Stellvertretenden Politischen Beraters Gribanov vom 12. Juli 1948 an Smirnov über „Nichtlegale Tätigkeit der Umsiedler in der SBZ“, in: AVP RF, f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 73–93. Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 2009.

für vermißte Deutsche“ der ZVU aufzubauen. Dessen Präsident August Mayr (SED), der irrtümlich eine Einladung zu ersten Vorgesprächen erhalten hatte, informierte frühzeitig die SMAD von den Plänen. Daraufhin konnte die Besatzungsmacht diese ins Leere laufen lassen.<sup>113</sup> Generell ist festzuhalten, dass SMAD, SED und deutsche Verwaltung gesonderte Programme für Vertriebene vermieden. Eine „Sonderstellung“ dieser Bevölkerungsgruppe sollte gar nicht erst entstehen.<sup>114</sup>

*Die Vertriebenenpolitik der CDU im Sächsischen Landtag von 1947 bis Anfang der 1950er Jahre*

Da CDU und LDP im sächsischen Landtag gemeinsam über fast so viele Mandate wie die SED verfügten, war es im Interesse der Besatzungsmacht, beiden bürgerlichen Parteien die Möglichkeit zur Totalopposition zu nehmen.<sup>115</sup> Die SMAS behinderte die parlamentarische Arbeit der Union von Beginn an. Es müsse vermieden werden, so die SMAS, dass die bürgerlichen Parteien den Landtag als „Arena des Parteienkampfes“ nutzten.<sup>116</sup>

Dem sächsischen Landtag gehörten nur wenige Vertriebene an. In der SED-Fraktion lassen sich die ehemaligen Sozialdemokraten Richard Babicke, Otto Buchwitz, Emil Fischhausen, Emil Kleinfeld, Paul Lehmann, Maria Lobe und Max Rausch sowie das ehemalige KPD-Mitglied Robert Bialek im weitesten Sinne zu den Vertriebenen zählen. In der CDU-Fraktion gilt dies für die Abgeordneten Hans-Wolfgang Feist, Many Jost, Karl Pelz und Finanzminister Gerhard Rohner.<sup>117</sup>

113 Schreiben Mayrs vom 21. Mai 1948 an den Chef der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten, das auch zu Gribanov gelangte, in: AVP RF, f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 61–63. Schreiben des Suchdienstes bei der LRS-Hauptabteilung Umsiedler an die Superintendenturen vom 13. Dezember 1948, in: SächsHStA, LRS, MP 1004, Bl. 83.

114 Dierk Hoffmann: Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950), in: Ders./Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 1999, S. 173–192.

115 Informationsauskunft des stellvertretenden Leiters der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152.

116 Die SED konnte auf die Stimmen der VdgB zählen und verfügte damit über eine knappe Mehrheit gegenüber den 30 bzw. 28 Stimmen von LDP und CDU. Manfred Koch: Landtage, in: Broszat/Weber: SBZ-Handbuch, S. 329–348. Bericht des Leiters der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 13. August 1947 über die Tätigkeit der Parteien in den Parlamenten, in: AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 15, d. 5, Bl. 67–84. Zur Rolle der SMAD bei der Erarbeitung der Verfassungen vgl. Creuzberger: Besatzungsmacht, S. 124–133.

117 Mike Schmeitzner/Michael Rudloff: Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997. Dresden 1997, S. 129. Michael

Für die Behandlung vertriebenenpolitischer Aspekte im sächsischen Landtag war der Ausschuss für Arbeit, soziale Fürsorge und Umsiedlerfragen zuständig. Dessen Vorsitz reklamierte anfangs die SED für sich, trat diesen aber während der Verhandlungen zur Regierungsbildung an den CDU-Abgeordneten Paul Nowak ab.<sup>118</sup> Dieser erklärte bereits während der konstituierenden Sitzung am 21. Dezember 1946, dass das „Umsiedlerproblem“ einen zentralen Platz in der Arbeit des Gremiums einnehmen werde.<sup>119</sup>

Es kennzeichnete die parlamentarische Tätigkeit, dass wesentliche Entscheidungen weiterhin einstimmig im Block getroffen wurden und die SMAD trotz anfänglicher Schwierigkeiten die Arbeit der Landtage steuerte und beeinflusste. Aufgabe der SED war, zu verhindern, dass sich die bürgerlichen Parteien mit vertriebenenpolitischen Vorstößen profilierten.<sup>120</sup>

Die beiden bürgerlichen Fraktionen ergriffen im Landtag die Initiative. Am 11. Januar 1947 beantragte die LDP-Fraktion, Vertriebene durch Steuererleichterungen und eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens zu unterstützen, während die CDU-Fraktion eine Verbesserung der religiösen Betreuung der Umsiedlerlager forderte.<sup>121</sup> Beide Anträge verwies die SED an die zuständigen Ausschüsse, um sie möglichst ohne viel Aufsehen „totzuberaten“.<sup>122</sup>

---

Hermes/Gert Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek. Berlin 1998. Übersicht über gewählte Landtagsabgeordnete, in der die Namen Babicke und Bialek den Zusatz „Umsiedler“ tragen, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/1099. Übersicht über die Landtagsabgeordneten der CDU in Sachsen vom 4. Februar 1947, in: ACDP 07-012-1245.

118 Für die CDU gehörten dem Ausschuss neben Nowak noch Marianne Spangenberg und Else-Maria Müller, seitens der LDP Max Salomon, Gertrud Thürmer und Marianne Legler sowie von der SED Olga Körner, Ernst Fischer, Grete Groh-Kummerlöh, Richard Babicke, Luise Bäumel und Susanne Pflugbeil an. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 3. Dezember 1946, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/778, Bl. 291. Niederschrift der gemeinsamen Sitzung der Landtagsfraktion mit dem geschäftsführenden CDU-Landesvorstand vom 9. Dezember 1946, in: ACDP 03-035-001.

119 Schreiben Nowaks an Gäbler vom 21. Dezember 1946, in: SächsHStA, LRS, MASF 61, Bl. 7.

120 Koch: Landtage, S. 329–332. Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 133–142.

121 Übersicht der Anträge der 1. Wahlperiode des Landtages, in: SächsHStA, LT 9. Drucksache der CDU Nr. 19 vom 14. Januar 1947, in: SächsHStA, LT 47. Auszugsweises Material von den bisherigen Landtagssitzungen Sachsens zur LDP, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 220.

122 Protokoll des Sekretariats vom 16. Januar 1947, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 33. Protokoll der Landtagssitzung vom 17. Januar 1947, S. 97–99. Bericht der SED-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 2. Mai 1947, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/1088, Bl. 196f. Antrag der LDP-Fraktion vom 13. März 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 220. Anträge der 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Protokoll der Sitzungen vom 27./28. Januar und 27./28. Februar 1947 des Ausschusses für Arbeit und Soziales, in: SächsHStA, LT 47. Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Protokoll der Landtagssitzung vom 22. April 1947, S. 335.

Die SED brachte am 13. Februar 1947 ihren ersten Gesetzesvorschlag zur Versorgung der Umsiedler, Bombengeschädigten und „Opfer des Faschismus (OdF)“ mit Möbeln und Hausgerät ein, zog ihn aber sofort wieder zurück, weil er wahrscheinlich mit der Position der Partei zu den Ortsgesetzen mit ihren unterschiedlichen Zwangsmaßnahmen nicht übereinstimmte.<sup>123</sup> Die Konflikte verschärften sich, als am 18. Februar 1947 die CDU ein Gesetz über eine Soforthilfe für Umsiedler und Bombengeschädigte forderte und damit auf die Abschaffung der Ortsgesetze zielte, die ihrer Meinung nach aufgrund der „rechtlichen Ungleichheit“ durch ein Landesgesetz abgelöst werden sollten. Zudem sollte eine Meldepflicht für unbenötigte Möbel, Hausratsgegenstände und Öfen deren Vergabe an Bedürftige regeln.<sup>124</sup> Ähnliche Überlegungen kursierten seit Anfang 1947 auch in der Landesregierung, die eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Ortsgesetze beabsichtigte. Das war auch eine der Forderungen der CDU.<sup>125</sup> Noch während der parlamentarischen Beratung des CDU-Antrages informierte die SED-Führung Minister Gäbler von ihren „Bedenken“ gegen Zwangsmaßnahmen, da bei der Unterbringung der Vertriebenen Härten für die einheimische Bevölkerung so weit wie möglich vermieden werden sollten, um keinen Unmut zu provozieren. Eine Behandlung dieses Problems im Landtag war daher unerwünscht.<sup>126</sup> Der sächsische Landtag verabschiedete deshalb auch kein eigenes Flüchtlingsgesetz, weil die SED sich ihren Handlungsspielraum nicht durch gesetzliche Regelungen einschränken wollte, an denen die Vertriebenen die Bemühungen der Partei zur Verbesserung ihrer Lage messen könnten.<sup>127</sup>

Der Antrag der LDP attackierte die SED-Vertriebenenpolitik und forderte die Ernennung eines direkt dem Ministerpräsidenten unterstehenden Sonderbeauftragten für das „Flüchtlingswesen“ sowie die Einrichtung eines „Beirats für Flüchtlingswesen“ aus Vertretern des Landtages, der Freien

123 Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Beispiele für Ortsgesetze aus Sachsen, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 7. Schreiben Plenikowski an Ulbricht und Fechner vom 29. November 1946 zur Neuregelung der Umsiedlerfrage durch die Landtage der Länder und Provinzen, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 114f. Beschlussprotokoll vom 3. Dezember 1946 der ZS-Sitzung, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/51.

124 Antrag der CDU-Fraktion vom 18. Februar 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641.

125 Verordnungsentwurf der Zentralverwaltung für Finanzen. Besprechungsnotiz vom 22. Januar 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 89–103 und Bl. 80. Bericht der Abteilung für Verwaltung und Kommunalpolitik des SED-Landesvorstandes vom 19. August 1947, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/747, Bl. 118.

126 Schreiben der Abteilung für Arbeit und Sozialpolitik an Gäbler vom 19. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 19.

127 Gesetz Nr. 18. Wohnungsgesetz, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Amtliches Organ der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland 1946, S. 360–365. Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 18 der Alliierten Kontrollbehörde – Kontrollrat – (Wohnungsgesetz) vom 27. Juli 1946, ebd., S. 436–441.

Wohlfahrtspflege und der „Flüchtlinge selbst“.<sup>128</sup> Hier hätte die SED nur schwer eine Mehrheit gefunden.

Bei der Landtagsdebatte am 20. März 1947 über die von CDU und LDP auch gemeinsam eingebrachten Anträge wurden die Unterschiede zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien bei der Einbeziehung der Besitzstände der alteingesessenen Bevölkerung deutlich. Während CDU und LDP diese auf landesgesetzlicher Grundlage zur Versorgung der Vertriebenen heranziehen wollten, setzte die SED auf freiwillige Sammlungen und lehnte gesetzliche Zwangsabgaben u. ä. strikt ab. Der SED gelang es, beide Anträge voneinander abzukoppeln und den CDU-Antrag einstimmig in den Ausschuss für Arbeit und Soziales zu überweisen, während der LDP-Antrag gar nicht erst zur weiteren Beratung weitergeleitet wurde.<sup>129</sup>

Die Besatzungsmacht kritisierte, dass es den bürgerlichen Parteien gelungen war, durch gezielte Anträge ihre Popularität unter den Vertriebenen auszubauen.<sup>130</sup> Deshalb befahl die SMAD-Informationsverwaltung eine engere Zusammenarbeit mit „fortschrittlichen“ Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und Massenorganisationen, um damit deren Ablehnungsfront von innen her aufzubrechen und zukünftig „Agitationsanträge und unliebsame Polemiken“ zu vermeiden. Alle Anträge waren vor einer Behandlung im Parlament der SMA zuzustellen und im Block zu behandeln.<sup>131</sup>

Die Forderung der CDU nach einer klaren rechtlichen Grundlage bei der Einbeziehung der Besitzstände der alteingesessenen Bevölkerung beschäftigte den Landtag bis in den Juni 1947 hinein.<sup>132</sup> Damit sollten Willkürakte der

---

128 Antrag der LDP-Fraktion vom 4. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641.

129 Protokoll der Landtagssitzung vom 20. März 1947, S. 276–281. Aktennotiz Chwalczyks vom 29. März 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 35, Bl. 134.

130 Bericht Vatniks an Tjulpanovs vom 21. März 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 7–8. Schreiben Vatniks an Tjulpanov vom 4. Mai 1947, ebd., Bl. 91–99.

131 Schreiben Tjulpanovs an Makarov, Serov u. a. vom 18. März 1947 über die Tätigkeit der SED-Fraktionen in den Landtagen der SBZ, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 141–145. Bericht eines Referenten der Abteilung für Parteien der SMAD-Informationsverwaltung an Tjulpanov vom 1. April 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 49–57. Ausführungen Koenens im Protokoll der Sitzung des Landesblocks vom 25. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 497, Bl. 208–219. SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/175, Bl. 17–19.

132 Am Beispiel der Auseinandersetzungen um das Chemnitzer Ortsgesetz werden die von den Parteien vertretenen Standpunkte deutlich. Im November 1946 hatte sich die CDU an die Kommandantur gewandt, um gegen die als „oberflächlich“ bezeichneten Bestimmungen des Ortsgesetzes zu protestieren. Die Union wolle sich dem Gehalt des Gesetzes nicht verschließen, sondern lediglich Willkürmaßnahmen vermeiden und eine einheitliche Regelung für die gesamte Zone erreichen. In der Stadtverordnetenversammlung schlug die CDU einen Lastenausgleich vor, dessen Erörterung die LDP von der Tagesordnung absetzen wollte. Das wurde mit den Stimmen von CDU und SED verhindert. Um eine Kampf- abstimmung zu vermeiden, die das enge Zusammenwirken beider bürgerlicher Parteien



Verwaltung vermieden werden, unter denen auch die eigene Klientel innerhalb der alteingesessenen Bevölkerung litt. Die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben lag zudem bei der durch die SED dominierten Verwaltung, so dass dieser die Schwierigkeiten angelastet worden wären, während die Vertriebenen eine Verbesserung ihrer Lage der CDU zugute gehalten hätten.

Das lag nicht im Interesse der SED, die das Kabinett am 11. März 1947 einen Aufruf zur freiwilligen Sammlung ungenutzten Hausrates verabschieden ließ.<sup>133</sup> Vor allem die beiden SED-Spitzenpolitiker Innenminister Kurt Fischer und der Dresdner Bürgermeister Walter Weidauer plädierten gegen gesetzlich abgestützte Beschlagnahmeaktionen.<sup>134</sup> Die SED forderte Minister Gäbler auf, von Zwangsmaßnahmen abzusehen und bis zu einer Regelung auf Landesebene alles zu unterlassen, „was politisch sich zum Schaden unserer Partei auswirken könnte“.<sup>135</sup> Im Landtagsausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge sprach sich die SED für die Beibehaltung freiwilliger Unterstützungsmaßnahmen für die Vertriebenen aus. „Nach längerer Debatte“ zog die CDU ihren Antrag schließlich zurück.<sup>136</sup>

Das Thema blieb jedoch auf der politischen Agenda Sachsens, weil in der Plenarsitzung am 8. Mai 1947 der Ausschussvorsitzende Nowak die erneute Beratung einer geänderten Fassung des im Ausschuss abgelehnten CDU-Antrages erreichte: Die SED könne nicht eine freiwillige Sammelaktion durchführen und gleichzeitig die zahlreichen unterschiedlichen Ortsgesetze beibe-

---

beschädigt hätte, brachte Pfarrer Kirsch (CDU) einen von allen Parteien akzeptierten Vermittlungsvorschlag ein. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete das Ortsgesetz und versah die Ausführungsbestimmungen mit Gesetzeskraft. Zur Behandlung von Streitfällen einigten sich die Abgeordneten auf die Einsetzung eines paritätisch besetzten Schlichtungsausschusses. Bericht des CDU-Kreisverbandes Chemnitz für November und Dezember 1946, in: ACDP 03-035-012.

133 Schreiben des LRS-MASF an Friedrichs vom 11. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641.

134 Fischer hatte dies in einem Artikel am 10. April 1947 in der „Sächsischen Zeitung“ getan. Protokoll vom 16. April 1947 der Sitzung des erweiterten SED-Landesvorstandes, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/757, Bl. 345 und Bl. 364.

135 Schreiben der Abteilung für Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Landesvorstand vom 19. März 1947 an Gäbler, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 19. Schreiben der ZS-Abteilung für Kommunalpolitik an Fischer vom 15. April 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 506, Bl. 130. Protokoll der Sitzung des ZS vom 19. Mai 1947, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/88. Rundschreiben der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Parteivorstand an die Landesvorstände vom 27. Mai 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 140. Paul Merker hatte dagegen eine „gesetzliche Verpflichtung zum Verkaufsangebot“ angekündigt, wenn freiwillige Maßnahmen nicht genügen sollten, vgl. Merker: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 7–22.

136 Protokoll vom 23. April 1947 der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge, in: SächsHStA, LT 47. Antrag zum mündlichen Bericht des Ausschusses vom 23. April 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641. Monatsbericht der SED-Fraktion im Landtag für April 1947, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/176.

halten. Zumindest Ortsgesetze, die Zwang androhten, müssten aufgehoben werden.<sup>137</sup>

Das setzte die SED zunehmend unter Druck, weil die Ergebnisse der Sammlungen der Volkssolidarität enttäuschten.<sup>138</sup> Sie konnte im Ausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge am 5. Juni 1947 gegenüber der CDU die „stillschweigende Verfügung“ durchsetzen, bestehende Gesetze nicht außer Kraft zu setzen. Nach der Zusage Gäblers über eine Befristung der Ortsgesetze zog die CDU ihren Antrag zurück.<sup>139</sup> Nun galt es, die Situation der Vertriebenen auf der Basis freiwilliger Spenden und einer vordringlichen Versorgung aus der laufenden Produktion zu verbessern.<sup>140</sup> Dazu war das Ministerium für Handel und Versorgung jedoch nicht in der Lage, da die SMAS-Wirtschaftsabteilung andere Prioritäten setzte.<sup>141</sup>

Mit der Einrichtung der auch vom Alliierten Kontrollrat geforderten Wohnungsausschüsse versuchte die SED vor Ort, die bürgerlichen Parteien an den unbeliebten Einweisungen in Wohnungen Alteingesessener zu beteiligen. Im Landeswohnungsausschuss, dem keine Vertriebenen angehörten, verfügte die SED über eine sichere Mehrheit.<sup>142</sup> Zentrale Vorgaben zur Zusammensetzung der Wohnungsausschüsse beschränkten den Anteil Vertriebener auf unter 50 Prozent, so dass Vertreter der Kernbevölkerung immer über eine Mehrheit verfügten.<sup>143</sup> 1949 lebte immer noch nur etwa die Hälfte der Vertriebenen in einer eigenen Wohnung, während die anderen zur Untermiete oder in Lagern und Massenquartieren wohnten.<sup>144</sup> Eine Verbesserung ihres Lebensstandards war für die Mehrzahl der Vertriebenen nur langfristig zu erwarten.<sup>145</sup>

---

137 Protokoll der Landtagssitzung vom 8. Mai 1947, S. 420–429.

138 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes der Volkssolidarität vom 16. Mai 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 35–41.

139 Landtagsdrucksache Nr. 278 vom 5. Juni 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641. Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge vom 5. Juni 1947, in: SächsHStA, LT 47, Bl. 5ff.

140 Schreiben Buchwitz an Friedrichs vom 6. Juni 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 8.

141 Schreiben Gäblers an Friedrichs vom 13. Oktober 1947, in: SächsHStA, LRS, Mdi 2223.

142 Ihm gehörten je ein Landtagsabgeordneter von SED, CDU und LDP, Vertreter von FDGB, VVN und Volkssolidarität sowie Mitarbeiter der Umsiedlerabteilung und der Abteilung Wohnungswesen des MASF an. Aktennotiz vom 10. März 1948 zur Bildung des Landeswohnungsausschusses, in: SächsHStA, LRS, MASF 75, Bl. 28. Bericht über die Wohnungsausschusssitzung vom 3. April 1948, in: SächsHStA, LRS, Mdi 2588.

143 Materialien der Direktorenkonferenz der ZVU in Eisenach vom 16. Juni 1947, hier das Protokoll der Kommissionssitzung II „Wohnung“, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 174–193.

144 Umsiedlerbetreuung in Sachsen vom 5. November 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/146, Bl. 13–17.

145 Bericht über die Lage der Umsiedler von 1949, in: SächsHStA, LRS, Mdi 2746. Vertriebene verfügten mit durchschnittlich 5,6 Quadratmetern Wohnfläche pro Person über we-

Ein weiterer Konfliktpunkt war die Betreuung der Vertriebenen in den Quarantänelagern („Umsiedlerlager“), in die diese unmittelbar nach ihrer Ankunft in Sachsen kamen, bevor sie von dort aus in die einzelnen Kommunen des Landes zur Ansiedlung gelangten.<sup>146</sup> Auf Befehl der SMAD sollten mit „politischer Betreuung“ in den Quarantänelagern die Vertriebenen für die Politik der SED gewonnen und der Einfluss kirchlicher Organisationen und der CDU neutralisiert werden.<sup>147</sup> Mit parlamentarischen Initiativen versuchte die Union, ihren Einfluss auf die Betreuung der Umsiedlerlager zu erweitern. Zahlreiche Kontrollfahrten konnten im Sommer 1947 Missstände in Lagern aufdecken und die Lage der Vertriebenen partiell verbessern.<sup>148</sup> Die SMAS verfolgte derartige Bestrebungen jedoch sehr kritisch und behinderte entsprechendes Engagement von Union und kirchlicher Seite massiv.<sup>149</sup>

- 
- niger Wohnraum als die alteingesessene Bevölkerung, bei der durchschnittlich 9,2 Quadratmeter pro Person gezählt wurden. Entwurf einer Denkschrift der DWK vom 1. Juli 1949 zum Stand der Einbürgerung der Umsiedler in der SBZ. Stellungnahme der Abteilung Wirtschaftspolitik des ZS vom 5. September 1949 zur Frage der Gewährung von Teilzahlungskrediten an Umsiedler, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/388. Ausarbeitung Edels vom 17. April 1952 „Aufgaben der Wohnraumlengung 1952“, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2200. Protokoll der Sitzung des Landeswohnungsausschusses vom 8. Februar 1952, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2199. Ther: Vertriebene, S. 208.
- 146 Rechenschaftsbericht Sachsens auf der ZVU-Direktorenkonferenz am 28. Juli 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 239. Aufstellung über Lager in Sachsen 1947, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2216. SMAS-Befehle vom 7. Dezember 1946, 3. Juni 1947 und 25. November 1947, in: SächsHStA, LRS, Mdl 89 und 2557. Befehl Nr. 255 des Obersten Befehlshabers der SMAD vom 19. November 1947, in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 13, Bl. 189f. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für das vierte Quartal 1947, in: GARF, f. 7317, op. 9, d. 58, Bl. 50–62. Befehle der SMAS und die Besprechungsprotokolle von Gesprächen mit der LRS-Umsiedlerabteilung in den Beständen SächsHStA, LRS, Mdl 2225, 2741, 2742 und SächsHStA, LRS, MP 1004. SMAD-Befehl Nr. 189 vom 2. Dezember 1948 zum Abbau der Zahl der Quarantänelager in der SBZ, in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 16, Bl. 111f. Protokolle von Besprechungen der LRS-Umsiedlerabteilung mit der SMA, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2735. Jahresberichte der LRS-Umsiedlerabteilung für 1948 und 1949, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2751.
- 147 Schriftwechsel zwischen Hickmann, Gäbler und Burghard, in: SächsHStA, LRS, MASF 25. Behinderung seelsorgerischer Tätigkeit in Umsiedlerlagern Anfang der fünfziger Jahre, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2307. Ulrich von Hehl: Flüchtlinge, Vertriebene und die Kirchen, in: *Flucht. Vertreibung. Integration*. Hg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006, S. 132–143. Birgit Mitzscherlich: *Diktatur und Diaspora. Das Bistum Meißen 1932–1951* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 101). Paderborn u. a. 2005, S. 386ff. Thüsing/Tischner: „Umsiedler“, S. 291–332. Tischner: *Katholische Kirche in der SBZ/DDR*, S. 385–433. Schwartz: *Vertriebene*, S. 544–571.
- 148 Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Protokoll der Landtagssitzung vom 22. April 1947, S. 335. Protokoll der Landtagssitzung vom 6. Juni 1947, S. 476. Protokoll einer Besprechung der Abgeordneten mit Fabisch vom 10. Juli 1947. Berichte der Kontrollfahrten, in: SächsHStA, LRS, MASF 923, Bl. 101f. und Bl. 95–100.
- 149 Bericht Vatriks an Tjulpanov vom 13. August 1947 über die Arbeit des Landtages, in: AVP RE, f. 0457b, op. 7, p. 15, d. 5, Bl. 67–84. Bericht „Charakterisierung der Tätigkeit

Nach der durch die SMAD 1948 vorgenommenen Umstrukturierung der staatlichen Umsiedlerverwaltung in der SBZ – die ZVU wurde von der SMAD aufgelöst und andere Institutionen wie die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) mit der Bewältigung der zweifellos noch anstehenden Aufgaben betraut – brachte die CDU das Thema erneut auf die Tagesordnung und machte sich für die Interessen der Vertriebenen stark.<sup>150</sup> Am 10. Januar 1949 beantragte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, die Landesregierung solle sich bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die Einrichtung einer zonalen „Zentralstelle für Flüchtlingsfragen“ einsetzen. Bei der parlamentarischen Behandlung des Antrages setzte die SED wieder auf Verzögerungstaktik.<sup>151</sup> Erst Ende September 1949, neun Monate später, befasste sich der Ausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge erneut mit dem CDU-Antrag. Hier sprachen sich Vertreter beider bürgerlicher Parteien für die Errichtung einer „Zentralstelle für Umsiedlerfragen“ auf Zonenebene aus, da die Eingliederung der Vertriebenen eben bei weitem noch nicht abgeschlossen war. Dagegen wandte sich die SED, die auch nicht auf einen von Nowak vorgeschlagenen Kompromiss einging, wonach die DVdI-Umsiedlerabteilung aufgefordert werden sollte, „die Arbeit für die Umsiedler in verstärktem Maße zusammenzufassen und mit allen Kräften im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion weiter zu fördern“.<sup>152</sup> Am 27. Oktober 1949 beriet der Ausschuss erneut den CDU-Antrag. Zwischenzeitlich lag ein Vorschlag Ruth Fabischs vor, bei der neu gebildeten DDR-Regierung eine Stelle einzurichten, „die sämtliche Belange der Umsiedler nach wie vor wahrnimmt und deren Interessen im zonalen Maßstab einheitlich vertritt“. Nowak schlug daraufhin erneut vor, die Landesregierung zu beauftragen, sich in Berlin für die Schaffung einer „Zentralstelle für Umsiedlerfragen“ einzusetzen. Minister Gäbler konnte eine Vertagung durchsetzen, so dass der CDU-Antrag im Sande verlief. Die SED vermochte es während des gesamten Jahres 1949 nicht, das geschlossene Auftreten der CDU-Abgeordneten zu verhindern.<sup>153</sup> Offensichtlich konnte die CDU sich hier einen erstaunlich großen Freiraum erhalten, solange die Grenzfrage nicht thematisiert wurde.

---

der Landtage, der Landesregierungen und der Organe der Selbstverwaltungen in der SBZ“ vom 30. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 2–9.

150 Donth: Vertriebene, S. 254–267.

151 Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9, Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge vom 31. März 1949, in: SächsHStA, LT 49.

152 Protokoll der Sitzung vom 29. September 1949 des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge, ebd.

153 Protokoll der Sitzung vom 27. Oktober 1949 des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge, ebd. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 284.

Die Situation der Vertriebenen in Sachsen blieb bis in die 1950er Jahre hinein weitaus schlechter als die der Kernbevölkerung. Die Unterprivilegierung der „Umsiedler“ insbesondere im Hinblick auf Wohnraum und Arbeitsplätze konnte auch durch das Umsiedlergesetz von 1950 nicht aufgebrochen werden.<sup>154</sup> Erst später boten sich Aufstiegschancen vor allem für junge Vertriebene beispielsweise im Bildungswesen.<sup>155</sup>

### *Fazit*

In Sachsen gelang es der CDU zumindest partiell, die Vertriebenen durch eine an deren Interessen orientierte Politik an sich zu binden. Erleichtert wurde dies dadurch, dass die Union sich lange gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aussprach. Die sowjetische Besatzungsmacht empfand die sächsische CDU als Hemmnis für die reibungslose Umsetzung ihrer Eingliederungspolitik. Deshalb musste aus Sicht der SMAD verhindert werden, dass die Union Vertriebene in großem Maße an sich binden und so das Potenzial der Menschen vergrößern konnte, das die Politik der SED ablehnte.

In erster Linie lag der SMAD daran, die CDU zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verpflichten und jegliche gegen die neue Grenzziehung gerichteten Äußerungen bereits im Ansatz zu unterbinden. Bisher wurde weitgehend unterschätzt, dass die SMAD bei der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Jakob Kaiser auch auf deren Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze reagierte. Die Union fand mit ihrer Forderung nach einer Revision dieser Grenze gerade in Sachsen, wo Vertriebene in geringerem Umfang als beispielsweise in Mecklenburg von der Bodenreform profitiert hatten, großen Zuspruch.<sup>156</sup>

Eines der wichtigsten Instrumente von SMAS und SED zur Gleichschaltung der CDU war die Blockpolitik. Hatten sich die bürgerlichen Parteien 1945/46 noch erfolgreich einer Festlegung ihrer Parteien auf die offizielle Anerkennung der neuen deutschen Ostgrenze widersetzen können, so mussten sie spätestens nach dem Görlitzer Abkommen von 1950 zwischen der DDR und Polen im Block ihre Position ändern. Vertriebenenpolitische Aspekte spielten bei der Gleichschaltung der sächsischen Union zu Beginn der 1950er Jahre eine große Rolle.

<sup>154</sup> Schwab: Flüchtlinge, S. 247–262. Schwartz: Vertriebene, S. 973–1115.

<sup>155</sup> Amos: Vertriebenenpolitik der SED. Michael Parak, Integration durch Bildung? „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (Gesprächskreis Geschichte 77). Bonn 2007.

<sup>156</sup> Zur geringen Bedeutung der Bodenreform in Sachsen für die Eingliederung der Vertriebenen siehe Donth: Vertriebene, S. 169–175 und S. 345–349.

Besonders öffentlichkeitswirksam konnte sich bürgerliche Vertriebenenpolitik während der Sitzungen des sächsischen Landtages präsentieren. Hier boten sich noch Freiräume, die erst nach und nach durch SMAS und SED eingeschränkt wurden. Mit von der Besatzungsmacht als „Agitationsanträge“ denunzierten Initiativen machte die CDU auf die schwierige Situation Vertriebener aufmerksam und forderte Verbesserungen. Die SED verhinderte mit ihrer Mehrheit im Plenum jedoch, dass sich die bürgerlichen Parteien mit ihren Anträgen im Landtag durchsetzen.

Die Distanz vieler Vertriebener zum SED-Regime vergrößerte sich damit, wie deren hohe Abwanderungsrate in den Westen zeigt. 1949 gehörte etwa die Hälfte der „Sowjetzonenflüchtlinge“ dieser Bevölkerungsgruppe an. Später waren unter denjenigen, die aus politischen und ökonomischen Gründen die DDR verließen, immer noch ein Drittel Vertriebene. Der im Westen Deutschlands von Bundeskanzler Konrad Adenauer vorangetriebene Lastenausgleich verstärkte den Abwanderungsdruck seit den 1950er Jahren zusätzlich und trug wesentlich dazu bei, dass große Teile der Vertriebenen in der CDU ihre neue politische Heimat fanden.<sup>157</sup>

---

157 Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/46–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 100). Düsseldorf 1994, S. 44. Peter-Heinz Seraphim: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge 7/1). Berlin 1954, S. 63. Michael Schwartz: „Ablenkungsmanöver der Reaktion“. Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR. In: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 397–409. Kossert: Kalte Heimat, S. 92–110 und S. 215–228.